Deutscher Bundestag
2. Wahlperiode
1953

Drucksache 3035

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
11 – 30008 – 2424/56 V

Bonn den 18. Dezember 1956

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Konsularvertrag vom 30. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und englischer Sprache und eine Denkschrift sind beigefügt.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 168. Sitzung am 14. Dezember 1956 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben.

Diese Stellungnahme ergeht nach Mitteilung des Herrn Bundesratspräsidenten unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß hierdurch die Frage der Vertragsschließungs- und Transformationskompetenz des Bundes auf Gebieten, für welche die Länder ausschließlich zuständig sind, nicht präjudiziert wird.

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Dr. h. c. Blücher

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg
Rheinallee 20, Telefon 3551

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Konsularvertrag vom 30. Juli 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 30. Juli 1956 unterzeichneten Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland einschließlich der Unterzeichnungsprotokolle und des Notenwechsels wird zugestimmt. Der Vertrag, die Unterzeichnungsprotokolle und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag mit den dazugehörigen Unterzeichnungsprotokollen und dem Notenwechsel nach seinem Artikel 44 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf gemäß Artikel 59 Abs. 2 GG der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll nach Maßgabe des Notenwechsels vom 30. Juli 1956 auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 GG.

Der Tag, an dem der Konsularvertrag für die Bundesrepublik völkerrechtlich wirksam wird, richtet sich nach den Bestimmungen seines Artikels 44 und ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Konsularvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland

Consular Convention between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

PRÄAMBEL

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

und

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und ihrer anderen Reiche und Gebiete, Haupt des Commonwealth

IN DEM WUNSCHE, ihre Beziehungen in Konsulatsangelegenheiten zu regeln und den Schutz der Staatsangehörigen und Einrichtungen jeder Hohen Vertragschließenden Partei in den Hoheitsgebieten der anderen Partei zu erleichtern,

HABEN BESCHLOSSEN, einen Konsularvertrag abzuschließen und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
für die Bundesrepublik Deutschland:

Seine Exzellenz Herrn Dr. Heinrich von Brentano,
Bundesminister des Auswärtigen;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und ihrer anderen Reiche und Gebiete, Haupt des Commonwealth
(im folgenden als „Ihre Majestät" bezeichnet)
für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:

Seine Exzellenz Sir Frederick Hoyer Millar,
G. C. M. G., C. V. O.,

Ihrer Majestät Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in Bonn;

diese sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

TEIL I

Begriffsbestimmungen

Artikel 1

Im Sinne dieses Vertrags bedeutet

(1) „Entsendestaat" je nach dem Zusammenhang, die Hohe Vertragschließende Partei, durch die der Konsul ernannt wird, oder alle Gebiete dieser Partei, auf die dieser Vertrag Anwendung findet;

PREAMBLE

The President of the Federal Republic of Germany

and

Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of Her other Realms and Territories, Head of the Commonwealth,

BEING DESIROUS of regulating their relations in the consular field and of facilitating the protection of the nationals and organisations of each High Contracting Party in the territories of the other;

HAVE DECIDED to conclude a Consular Convention and for this purpose have appointed as their Plenipotentiaries:

The President of the Federal Republic of Germany:
For the Federal Republic of Germany:

His Excellency Dr. Heinrich von Brentano,
Federal Minister for Foreign Affairs;

Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of Her other Realms and Territories, Head of the Commonwealth
(hereinafter referred to as "Her Majesty"):
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

His Excellency Sir Frederick Hoyer Millar,
G. C. M. G., C. V. O.,

Her Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Bonn;

Who, having communicated to each other their respective full powers, which were found in good and due form, have agreed as follows:

PART I

Definitions

Article 1

For the purposes of this Convention

(1) the term "sending state" means, according to the context, the High Contracting Party by whom a consular officer is appointed, or all the territories of that party to which the Convention applies;

(2) „Empfangsstaat" je nach dem Zusammenhang die Hohe Vertragschließende Partei, in deren Gebiet der Konsul seine Amtsgeschäfte wahrnimmt, oder alle Gebiete dieser Partei, auf die dieser Vertrag Anwendung findet;

(3) „Gebiet" jeden Teil der Gebiete des Empfangsstaats, in dem der Amtsbezirk eines Konsuls ganz oder zum Teil gelegen ist (oder, falls dem Konsul vom Entsendestaat kein besonderer Konsularbezirk zugeteilt ist, den Amtsbezirk des übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs) und der gemäß Artikel 42 als Gebietseinheit im Sinne aller oder einiger Artikel dieses Vertrags benannt worden ist;

(4) „Staatsangehörige"

(a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie, wenn der Zusammenhang es zuläßt, alle juristischen Personen, Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ihren Sitz haben und nach deren Gesetzen zu Recht bestehen;

(b) in bezug auf Ihre Majestät:
alle Staatsbürger des Vereinigten Königreichs und der Kolonien, alle Staatsbürger von Südrhodesien und alle unter britischem Schutz stehenden Personen, sowie, wenn der Zusammenhang es zuläßt, alle juristischen Personen, die nach dem Recht eines Gebiets, auf das dieser Vertrag Anwendung findet, zu Recht bestehen;

(5) „Schiff" im Sinne des Teils VII dieses Vertrags

(a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jedes Schiff oder Wasserfahrzeug, mit Ausnahme von Kriegsschiffen, das rechtmäßig unter der Flagge der Bundesrepublik fährt;

(b) in bezug auf Ihre Majestät:
jedes Schiff oder Wasserfahrzeug, das in einem Hafen eines der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete registriert ist;

(6) „Konsul" eine Person, die ein gültiges Exequatur oder eine sonstige — auch vorläufige — gültige Zulassung der zuständigen Behörden des Gebiets besitzt, für den Entsendestaat in dieser Eigenschaft tätig zu werden; ein Konsul kann Berufsbeamter (Berufskonsul) oder Ehrenbeamter (Wahlkonsul) sein;

(7) „Konsulatsangehöriger" eine Person, die, ohne Konsul zu sein, vom Entsendestaat in einem Konsulat mit der Verrichtung von Konsulatsgeschäften betraut ist, sofern ihr Name den zuständigen Behörden des Gebiets gemäß Artikel 4 ordnungsgemäß mitgeteilt worden ist und die Behörden die Anerkennung der betreffenden Person nicht abgelehnt haben oder in der Folge ablehnen; nicht einbegriffen sind Fahrer oder Personen, die lediglich mit Haushalts- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Konsulatsgrundstücken beschäftigt sind;

(8) „Konsulatsdiensträume" Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich für die Zwecke der Amtsgeschäfte eines Konsuls benutzt werden;

(9) „schwere Verfehlung" im Sinne der Artikel 12 und 32 Absatz 2 jede strafbare Handlung, die im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren oder mit einer schwereren Strafe bedroht ist.

(2) the term "receiving state" means, according to the context, the High Contracting Party within whose territories a consular officer exercises his functions as such, or all the territories of that party to which the Convention applies;

(3) the term "territory" means any part of the territories of the receiving state in which the whole or part of a consular officer's district (or, in the case of a consular officer to whom the sending state has not allotted a separate consular district, the district of his superintending consular officer or head of post, as the case may be), is situated and which has been notified as constituting a territorial unit for the purposes of all or some of the Articles of the Convention, in conformity with the provisions of Article 42;

(4) the term "nationals" means,

(a) in relation to the Federal Republic of Germany, all Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany, together with, where the context permits, all juridical entities, companies and partnerships which have their seats (Sitz) in the Federal Republic and which have been duly created under its law;

(b) in relation to Her Majesty, all citizens of the United Kingdom and Colonies, all Southern Rhodesian citizens and all British protected persons, together with, where the context permits, all juridical entities duly created under the law of any territory to which the Convention applies;

(5) the term "vessel" means, for the purposes of Part VII of the Convention,

(a) in relation to the Federal Republic of Germany, any ship or craft, not being a ship of war, which lawfully flies the flag of the Federal Republic;

(b) in relation to Her Majesty, any ship or craft registered at a port in any of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43;

(6) the term "consular officer" means any person who holds from the appropriate authorities of the territory a valid exequatur or other authorisation (including a provisional authorisation) to act in such capacity on behalf of the sending state; a consular officer may be a career officer *(consul missus)* or an honorary officer *(consul electus)*;

(7) the term "consular employee" means any person, not being a consular officer, employed by the sending state at a consulate for the performance of consular duties, provided that his name has been duly communicated in accordance with the provisions of Article 4 to the appropriate authorities of the territory and provided also that the said authorities have not declined to recognise him, or to continue to recognise him; the term does not, however, include any driver, or any person employed solely on domestic duties at or in the upkeep of the consular premises;

(8) the term "consular office" means any building or part of a building which is occupied exclusively for the purposes of the official business of a consular officer;

(9) the term "grave offence" means, for the purposes of Article 12 and of paragraph (2) of Article 32, an offence for which a maximum sentence of imprisonment for not less than five years, or a more severe sentence, may be awarded.

TEIL II

Ernennungen und Amtsbezirke

Artikel 2

(1) Der Entsendestaat kann in den Gebieten des Empfangsstaats an jedem Ort, in dem ein dritter Staat ein Konsulat besitzt oder für den der Empfangsstaat der Errichtung eines Konsulats zustimmt, ein Konsulat errichten und unterhalten. Der Entsendestaat bestimmt nach eigenem Ermessen, ob das Konsulat ein Generalkonsulat, Konsulat, Vizekonsulat oder eine Konsularagentur sein soll.

(2) Der Entsendestaat hält den Empfangsstaat über die Grenzen seiner Konsularbezirke auf dem laufenden; er kann vorbehaltlich des Absatzes 3 die Grenzen dieser Amtsbezirke nach eigenem Ermessen bestimmen.

(3) Der Empfangsstaat ist berechtigt, Einspruch zu erheben gegen die Einbeziehung in einen Konsularbezirk

(a) eines Gebiets, das weder zu einem Konsularbezirk eines dritten Staats gehört noch den amtlichen Handelsbeauftragten eines dritten Staats offensteht;

(b) eines Gebiets außerhalb des Empfangsstaats.

(4) Ein Konsul darf die in den Artikeln 17 bis 36 und 38 bezeichneten Aufgaben nur innerhalb seines Konsularbezirks oder, falls ihm vom Entsendestaat kein besonderer Konsularbezirk zugeteilt ist, innerhalb des Amtsbezirks des übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs wahrnehmen; Absatz 5 dieses Artikels bleibt unberührt.

(5) Ein Konsul kann nach Benachrichtigung des Empfangsstaats konsularische Aufgaben außerhalb seines Konsularbezirks oder des Amtsbezirks des übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs wahrnehmen, sofern der Empfangsstaat nicht dagegen Einspruch erhebt.

Artikel 3

(1) Der Entsendestaat bestimmt die Anzahl und den Rang der Konsuln, die er seinen Konsulaten zuteilt. Der Entsendestaat teilt dem Empfangsstaat schriftlich die Ernennung eines Konsuls für ein Konsulat mit. Für Wahlkonsuln, die Staatsangehörige des Empfangsstaats sind, kann dieser verlangen, daß seine Zustimmung zur Ernennung des Betreffenden für ein Konsulat im voraus auf diplomatischem Wege eingeholt wird.

(2) Das Exequatur oder eine sonstige Zulassung wird von dem Empfangsstaat so bald als möglich nach Vorlage der Bestallung des Konsuls oder einer sonstigen Mitteilung über seine Ernennung gebührenfrei erteilt. Erforderlichenfalls wird bis zur Erteilung des Exequaturs oder einer sonstigen Zulassung eine vorläufige Zulassung erteilt.

(3) Das Exequatur oder die sonstige Zulassung darf nicht ohne triftigen Grund verweigert werden.

(4) Es darf nicht unterstellt werden, daß der Empfangsstaat dem Tätigwerden eines Konsuls zugestimmt oder ihm die Vergünstigungen aus diesem Vertrag gewährt hat, solange der Empfangsstaat ihm nicht das Exequatur oder eine sonstige — auch vorläufige — Zulassung erteilt hat.

(5) Der Empfangsstaat teilt unverzüglich seinen zuständigen Behörden den Namen eines jeden Konsuls mit, der zur Ausübung seiner Tätigkeit nach diesem Vertrag berechtigt ist.

PART II

Appointments and Districts

Article 2

(1) The sending state may establish and maintain consulates in the territories of the receiving state at any place where any third state possesses a consulate and at any other place where the receiving state agrees to the establishment of a consulate. It shall be within the discretion of the sending state to determine whether a consulate shall be a consulate-general, consulate, vice-consulate or consular agency.

(2) The sending state shall keep the receiving state informed of the limits of each of its consular districts and, subject to the provisions of paragraph (3) of this Article, may prescribe these limits at its discretion.

(3) The receiving state shall have the right to object to the inclusion within a consular district

(a) of any area which is not within a consular district, and is not open to the official commercial representatives, of a third state;

(b) of any territory outside the receiving state.

(4) Subject to the provisions of paragraph (5) of this Article, a consular officer shall be entitled to perform the functions referred to in Articles 17 to 36 and Article 38 only within his own consular district or, in the case of a consular officer to whom the sending state has not allotted a separate consular district, within the district of his superintending consular officer or head of post, as the case may be.

(5) Upon notification to the receiving state a consular officer may perform consular functions outside his consular district or the district of his superintending consular officer or head of post, as the case may be, unless the receiving state objects.

Article 3

(1) The sending state may assign to any of its consulates consular officers in such numbers and of such rank as it may deem necessary. The sending state shall notify the receiving state in writing of the appointment of a consular officer to a consulate. In the case of an honorary consular officer who is a national of the receiving state, that state may require that its consent to his appointment to a consulate shall be obtained in advance through the diplomatic channel.

(2) The exequatur or other authorisation shall be granted as soon as possible and free of charge by the receiving state on presentation of a consular officer's commission or other notification of appointment. When necessary, a provisional authorisation shall be accorded, pending the grant of the exequatur or other authorisation.

(3) The exequatur or other authorisation shall not be refused without good cause.

(4) The receiving state shall not be deemed to have consented to a consular officer's acting as such, or to have extended to him the benefits of the provisions of this Convention, until the receiving state has granted him an exequatur or other authorisation (including a provisional authorisation).

(5) The receiving state shall inform without delay its appropriate authorities of the name of any consular officer entitled to act under this Convention.

(6) Der Empfangsstaat kann das Exequatur oder die sonstige Zulassung eines Konsuls, dessen Verhalten ernsten Anlaß zu Beschwerden gegeben hat, widerrufen. Der Grund zu diesem Widerruf wird dem Entsendestaat auf Ersuchen auf diplomatischem Wege mitgeteilt.

Artikel 4

(1) Dem Entsendestaat steht es frei, die erforderliche Anzahl von Konsulatsangehörigen in seinen Konsulaten zu beschäftigen, und zwar eigene Staatsangehörige, Staatsangehörige des Empfangsstaats oder eines dritten Staats.

(2) Die Konsuln, die ein Konsulat leiten, teilen der von der Regierung des Gebiets benannten Behörde die Namen dieser Konsulatsangehörigen mit und halten sie über deren Anschriften auf dem laufenden.

(3) Die Regierung des Gebiets kann es ablehnen, sei es zur Zeit der Mitteilung oder später, eine Person als Konsulatsangehörigen anzuerkennen, oder weiterhin anzuerkennen.

Artikel 5

(1) Einem Konsul oder Konsulatsangehörigen kann zeitweilig die stellvertretende Wahrnehmung der Obliegenheiten eines Konsuls übertragen werden, der verstorben, oder infolge Krankheit, Abwesenheit oder aus sonstigen Gründen zur Ausübung der Amtstätigkeit außerstande ist.

(2) Ist der Ermächtigte ein Konsulatsangehöriger, so erfährt er nach Unterrichtung der Regierung des Gebiets über seine Ermächtigung bis zu der Rückkehr des Konsuls oder der Ernennung eines Nachfolgers für den Konsul in bezug auf Vorrechte, Befreiungen, Immunitäten und das Recht zur Wahrnehmung konsularischer Aufgaben eine Behandlung, die ebenso günstig ist wie diejenige, die dem Konsul nach diesem Vertrag zusteht.

Artikel 6

Der Entsendestaat kann mit Zustimmung des Empfangsstaats ein oder mehrere Mitglieder seiner bei dem Empfangsstaat beglaubigten diplomatischen Mission mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines am Sitz der Zentralregierung dieses Staats gelegenen Konsulats betrauen. Diese Ernennungen erfolgen gemäß den Artikeln 3 oder 4. Die betreffenden Personen genießen weiterhin alle Vorrechte und Immunitäten, die sich aus ihrer Rechtsstellung als Diplomaten ergeben; jedoch werden wegen der Wahrnehmung von Aufgaben, die in den Artikeln 17 bis 36 aufgeführt sind, keine weitergehenden Immunitäten für sie in Anspruch genommen, als einem Konsul oder Konsulatsangehörigen nach diesem Vertrag zustehen.

TEIL III

Rechte und Immunitäten

Artikel 7

(1) Der Entsendestaat kann gemäß den gesetzlichen Vorschriften des Gebiets Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile und Zubehör als Konsulat oder als Wohnung für einen Berufskonsul oder Konsulatsangehörigen oder für sonstige Zwecke, die sich aus dem Dienstbetrieb der konsularischen Niederlassung des Entsendestaats ergeben und gegen die der Empfangsstaat keinen Einspruch erhebt, in jeder nach dem Recht des Gebiets zulässigen Rechtsform im eigenen Namen oder durch eine oder mehrere natürliche oder juristische Personen erwerben, innehaben oder besitzen, die in eigenem Namen, aber für ihn handeln. Ist nach dem Recht des Gebiets die Ge-

(6) The receiving state may revoke the exequatur or other authorisation of a consular officer whose conduct has given serious cause for complaint. The reason for such revocation shall, upon request, be communicated to the sending state through the diplomatic channel.

Article 4

(1) The sending state shall be free to employ the necessary number of consular employees at its consulates, whether its own nationals or nationals of the receiving state or of a third state.

(2) Consular officers in charge of posts shall notify the names of these employees to such authority as the government of the territory may designate and shall keep the said authority informed of their addresses.

(3) The government of the territory may, either at the time of notification or subsequently, decline to recognise, or to continue to recognise, any person in the capacity of a consular employee.

Article 5

(1) A consular officer or employee may be assigned temporarily in an acting capacity to the duties of a consular officer who has died or who is unable to act through illness, absence or other cause.

(2) If the person so assigned is a consular employee, he shall, upon notification of his assignment as an acting consular officer and pending the return to duty of the consular officer or the appointment of a new consular officer, receive treatment not less favourable than would be accorded under this Convention to a consular officer as regards privileges, exemptions, immunities and the right to perform consular functions.

Article 6

The sending state may, with the permission of the receiving state, appoint to the work of a consulate, situated at the seat of the central government of the receiving state, one or more members of its diplomatic mission accredited to that state. Any such appointment shall be made in accordance with the provisions of Article 3 or 4, as the case may be. Any person so appointed shall continue to enjoy all those privileges and immunities which he derives from his diplomatic status, except that no claim to immunity greater than that of a consular officer or employee, as the case may be, under this Convention shall be made on his behalf in respect of the performance of any of the functions enumerated in Articles 17 to 36.

PART III

Legal Rights and Immunities

Article 7

(1) The sending state, either in its own name or in the name of one or more natural or juridical persons acting on its behalf, may, in accordance with such conditions as may be prescribed by the law of the territory, acquire, hold and occupy, under any form of tenure which may exist under the law of the territory, land, buildings, parts of buildings and appurtenances for the purpose of maintaining a consulate or a residence for a career consular officer or for a consular employee, or for other purposes, to which the receiving state does not object, arising out of the operation of the consular establishment of the sending state. If under the law of the territory

nehmigung der Behörden des Gebiets Voraussetzung des Erwerbs, so wird diese Genehmigung erteilt, sofern die erforderlichen Formalitäten erfüllt sind.

(2) Der Entsendestaat ist berechtigt, für alle in Absatz 1 genannten Zwecke Gebäude und Zubehör auf den so erworbenen Grundstücken zu errichten.

(3) Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Absätze 1 und 2 den Entsendestaat nicht von der Einhaltung von Bebauungs- oder Stadtplanungsvorschriften oder anderer Beschränkungen befreien, die für das Gelände gelten, in dem die Grundstücke, Gebäude und Gebäudeteile nebst Zubehör liegen.

Artikel 8

(1) An der äußeren Umfriedung und der Außenwand des Gebäudes, in dem ein Konsulat untergebracht ist, kann das Wappen oder Hoheitszeichen des Entsendestaats mit einer entsprechenden Inschrift, die das Konsulat in der Amtssprache dieses Staats bezeichnet, angebracht werden. Es ist auch gestattet, ein solches Wappen oder Hoheitszeichen und eine solche Inschrift an oder neben der Eingangstür des Konsulats anzubringen.

(2) Die Flagge des Entsendestaats und seine Konsulatsflagge können an dem Konsulat und bei geeigneten Anlässen auch an der Wohnung des Konsuls gezeigt werden. Ferner kann ein Konsul das Wappen oder Hoheitszeichen des Entsendestaats auf den Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, die er in Ausübung seines Amts benutzt, anbringen sowie die Flagge des Entsendestaats und seine Konsulatsflagge auf diesen zeigen.

(3) Konsulatsdiensträume dürfen von der Polizei oder sonstigen Behörden des Gebiets nur mit Zustimmung des leitenden Konsuls oder, falls diese Zustimmung nicht erlangt werden kann, nur auf Grund einer entsprechenden gerichtlichen Anordnung sowie bei Gebieten im Sinne von Artikel 43 Absatz 1 mit Zustimmung des Bundesministers des Auswärtigen und bei Gebieten im Sinne von Artikel 43 Absatz 2 mit Zustimmung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten (Secretary of State for Foreign Affairs) betreten werden. Die Zustimmung des Konsuls gilt als erteilt bei Brand oder sonstigen Unglücksfällen oder wenn die Behörden des Gebiets begründeten Anlaß zu der Annahme haben, daß in den Konsulatsdiensträumen unter Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen ein Verbrechen unmittelbar bevorsteht oder gerade begangen wird oder vollendet worden ist. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung auf Konsulatsdiensträume, die einem Konsul unterstehen, der Staatsangehöriger des Empfangsstaats oder nicht Staatsangehöriger des Entsendestaats ist.

(4) Ein Konsulat darf nicht dazu benutzt werden, Personen, die sich behördlichem oder gerichtlichem Zugriff zu entziehen versuchen, Zuflucht zu gewähren. Verweigert ein Konsul auf ein rechtmäßiges Ersuchen der Behörden des Gebiets die Auslieferung eines solchen Verfolgten, so können diese Behörden die Konsulatsdiensträume erforderlichenfalls zur Festnahme des Flüchtigen betreten; sie haben hierbei die Bestimmungen des Absatzes 3 dieses Artikels zu beachten.

(5) Werden Konsulatsdiensträume nach Absatz 3 oder 4 betreten oder durchsucht, so hat dies unter gebührender Beachtung der in Artikel 10 Absatz 1 anerkannten Unverletzlichkeit des Konsulatsarchivs zu geschehen.

(6) Ein Konsul darf die den Konsulatsdiensträumen durch diesen Vertrag gewährten Vorrechte nicht für Zwecke, die mit der Erfüllung seiner konsularischen Obliegenheiten nicht in Zusammenhang stehen, ausnutzen.

the permission of the authorities of the territory must be obtained as a prerequisite to any such acquisition, such permission shall be granted, provided that the necessary formalities have been complied with.

(2) The sending state shall have the right to erect, for any of the purposes specified in paragraph (1) of this Article, buildings and appurtenances on land which it has so acquired.

(3) It is understood that the provisions of paragraphs (1) and (2) of this Article shall not exempt the sending state from the operation of any building or town planning regulation or other restriction applicable to the area in which the land, buildings, parts of buildings and appurtenances, referred to in the said paragraphs, are situated.

Article 8

(1) There may be placed, on the outer enclosure and on the outer wall of the building in which a consulate is installed, the coat-of-arms or national device of the sending state with an appropriate inscription designating the consulate in the official language of that state. It shall also be permitted to place such coat-of-arms or national device and inscription on or by the entrance door to the consulate.

(2) The flag of the sending state and its consular flag may be flown at the consulate and also, on suitable occasions, at the consular officer's residence. In addition, a consular officer may place the coat-of-arms or device and fly the flag of the sending state and its consular flag on the vehicles, vessels and aircraft which he employs in the exercise of his duties.

(3) A consular office shall not be entered by the police or other authorities of the territory except with the consent of the consular officer in charge, or, if such consent cannot be obtained, pursuant to appropriate writ or process and with the consent of the Federal Minister for Foreign Affairs in the case of the territories referred to in paragraph (1) of Article 43, or of the Secretary of State in the case of the territories referred to in paragraph (2) of that Article. The consent of such consular officer may, however, be assumed in the event of fire or other disaster or if the authorities of the territory have reasonable cause to believe that a crime involving violence to persons or property is about to be, or is being or has been committed in the consular office. The provisions of this paragraph shall not apply to a consular office in the charge of a consular officer who is a national of the receiving state or who is not a national of the sending state.

(4) A consulate shall not be used to afford asylum to any fugitive from justice. If a consular officer shall refuse to surrender a fugitive from justice on the lawful demand of the authorities of the territory, the said authorities may, if necessary, enter to apprehend the fugitive, provided that in taking such action they comply with the provisions of paragraph (3) of this Article.

(5) Any entry into or search of a consular office pursuant to paragraph (3) or (4) of this Article shall be conducted with due regard to the inviolability of the consular archives, as recognised in paragraph (1) of Article 10.

(6) A consular officer shall not take advantage of the privileges accorded to the consular office under this Convention for any purpose not connected with the exercise of his consular functions.

Artikel 9

(1) Der Empfangsstaat stellt, unbeschadet der Vorschriften in Absatz 2,

(a) das Konsulat des Entsendestaats, samt Möbeln und Ausstattung,

(b) die Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge eines solchen Konsulats,

(c) die Wohnung — samt Möbeln und Ausstattung — eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen des Entsendestaats, sofern der Konsul oder Konsulatsangehörige die Voraussetzungen des Absatzes 5 erfüllt,

(d) die Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge eines solchen Konsuls oder Konsulatsangehörigen und

(e) die persönlichen Gegenstände eines solchen Konsuls oder Konsulatsangehörigen und der in seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen

von jeder Inanspruchnahme für Zwecke der Landesverteidigung oder für andere im öffentlichen Interesse liegende Zwecke frei.

(2) Jedoch verbietet keine Vorschrift dieses Artikels, daß der Empfangsstaat nach den Gesetzen des Gebiets ein Konsulat des Entsendestaats oder die Wohnung eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen für Zwecke der Landesverteidigung oder für andere im öffentlichen Interesse liegende Zwecke enteignet oder zur Nutzung in Anspruch nimmt; doch ist, wenn eine solche Maßnahme hinsichtlich solcher Grundstücke erforderlich wird, in jeder Weise darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Durchführung der konsularischen Aufgaben nicht behindert wird.

(3) Wird ein Konsulat oder die Wohnung eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen nach Absatz 2 enteignet oder in Anspruch genommen, so trifft der Empfangsstaat in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Gebiets alle geeigneten Maßnahmen, um für angemessenen Ersatz zu sorgen.

(4) Unverzüglich ist eine angemessene Entschädigung für alle Vermögenswerte zu leisten, die dem Entsendestaat oder einer für ihn handelnden natürlichen oder juristischen Person durch Enteignung eines Konsulats oder Inanspruchnahme zur Nutzung entzogen werden. Diese Entschädigung muß so beschaffen sein, daß sie in die Währung des Entsendestaats umgerechnet und in den Entsendestaat transferiert werden kann; hierbei ist der Verkaufskurs zugrunde zu legen, der bei Geschäftsabschluß an dem Tage, an dem der Gegenstand entzogen wurde, notiert worden ist; ist an diesem Tage kein Kurs notiert worden, so ist der letzte notierte Schlußkurs maßgebend.

(5) Die in Absatz 1 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

(a) Staatsangehöriger des Entsendestaats ist,

(b) in dem Gebiet keiner privaten Erwerbstätigkeit nachgeht,

(c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.

(6) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „Konsulat" alle Grundstücke, Gebäude, Gebäudeteile und Zubehör, die der Entsendestaat ausschließlich für die in Artikel 7 Absatz 1 genannten Zwecke innehat oder benutzt.

Article 9

(1) Without prejudice to the provisions of paragraph (2) of this Article, the receiving state shall treat as immune from all forms of requisitioning for purposes of national defence or public utility

(a) a consulate of the sending state, together with the furniture and equipment thereof;

(b) the vehicles, vessels and aircraft of any such consulate;

(c) the residence, together with the furniture and equipment thereof, of a consular officer or employee of the sending state, provided, in either case, that he complies with the conditions specified in paragraph (5) of this Article;

(d) the vehicles, vessels and aircraft of any such consular officer or employee; and

(e) the personal effects of any such consular officer or employee or of any member of his family forming part of his household.

(2) However, nothing in this Article shall preclude the receiving state from the expropriation or seizure for purposes of national defence or public utility, in conformity with the law of the territory, of a consulate of the sending state or a residence of a consular officer or employee of that state, but, if it is necessary to take any such measure with regard to any such property, every consideration shall be shown to avoid interference with the performance of consular functions.

(3) In the event of the expropriation or seizure of a consulate or of a residence of a consular officer or employee, in compliance with paragraph (2) of this Article, the receiving state shall take all appropriate measures, in conformity with the law of the territory, with a view to ensuring that suitable alternative accommodation is obtained.

(4) Prompt and adequate compensation shall be paid in respect of any proprietary interests of which the sending state, or any natural or juridical person acting on its behalf, has been deprived by reason of the expropriation or seizure of a consulate. Such compensation shall be in a form convertible into the currency of and transferable to the sending state at the market selling rate ruling at the close of business on the date on which such deprivation took place or, if there is no quotation on that date, at the rate ruling at the close of business on the last preceding date when there was such a quotation.

(5) The conditions referred to in paragraph (1) of this Article are that the person concerned shall

(a) be a national of the sending state;

(b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;

(c) be a permanent employee of the sending state or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

(6) The term "consulate" shall include, for the purposes of this Article, all land, buildings, parts of buildings and appurtenances, held or occupied exclusively for any of the purposes specified in paragraph (1) of Article 7.

Artikel 10

(1) Das Archiv und alle sonstigen amtlichen Akten und Schriftstücke eines Konsulats sind stets unverletzlich; die Behörden des Gebiets dürfen sie unter keinem Vorwand einsehen oder einbehalten.

(2) Das Archiv sowie die amtlichen Akten und Schriftstücke sind von Schriftstücken, Büchern oder dem Schriftwechsel eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen, die sich auf andere Angelegenheiten beziehen, getrennt zu halten. Diese Bestimmung erfordert nicht die Trennung des diplomatischen Archivs und der diplomatischen amtlichen Schriftstücke von den konsularischen, falls sich die Konsulatsdiensträume im Gebäude einer diplomatischen Vertretung befinden.

(3) Ein Konsul darf mit der Regierung des Entsendestaats, mit dessen diplomatischer Vertretung beim Empfangsstaat und mit anderen in demselben Gebiet gelegenen Konsulaten des Entsendestaats durch die Post, telegraphisch, telefonisch und durch andere öffentliche Einrichtungen verkehren sowie amtlichen Schriftwechsel in versiegelten Konsulatsbeuteln, Säcken und anderen Behältern versenden und empfangen; er darf in beiden Fällen Geheimschriften verwenden. Ein Konsul darf außerdem in gleicher Weise mit den Regierungen von Gebieten verkehren, für deren internationale Beziehungen der Entsendestaat verantwortlich ist, sowie mit anderen diplomatischen Vertretungen und Konsulaten des Entsendestaats außerhalb desselben Gebiets des Empfangsstaats; dieses erweiterte Recht kann eingeschränkt werden, wenn sich der Empfangsstaat im Krieg befindet.

(4) Der in Absatz 3 erwähnte amtliche konsularische Schriftwechsel ist unverletzlich, und die Behörden des Gebiets dürfen ihn nicht einsehen oder einbehalten. Für die in Absatz 3 genannten Beutel, Säcke und anderen Behälter besteht Anspruch auf die gleiche Behandlung, wie sie der Empfangsstaat dem diplomatischen Kuriergut des Entsendestaats zuteil werden läßt.

(5) Ein Konsul oder Konsulatsangehöriger ist berechtigt, Ersuchen der Gerichte oder Behörden des Gebiets um Vorlage von Akten aus seinem Archiv oder von sonstigen amtlichen Schriftstücken oder um Aussage über Angelegenheiten, die in den Bereich seiner Dienstobliegenheiten fallen, abzulehnen. Derartigen Ersuchen ist jedoch im Interesse der Rechtspflege stattzugeben, wenn dies nach Auffassung des leitenden Konsuls ohne Beeinträchtigung der Belange des Entsendestaats möglich ist.

(6) Ein Konsul ist ferner berechtigt, die Aussage als sachverständiger Zeuge über die Gesetze des Entsendestaats abzulehnen.

Artikel 11

(1) Ein Konsul oder Konsulatsangehöriger kann bei den Gerichten des Empfangsstaats wegen Handlungen, die er in seiner amtlichen Eigenschaft vorgenommen hat und die nach Völkerrecht in den Aufgabenbereich eines Konsuls fallen, einschließlich der in den Artikeln 17 bis 36 vorgesehenen Amtshandlungen, nicht belangt werden, es sei denn, daß der Entsendestaat durch seinen diplomatischen Vertreter das Verfahren beantragt oder ihm zustimmt.

(2) Absatz 1 schließt nicht aus, daß ein Konsul oder Konsulatsangehöriger im Wege eines Zivilprozesses wegen eines von ihm geschlossenen Vertrags belangt werden kann, den er nicht ausdrücklich oder durch schlüssige Handlung als Vertreter seiner Regierung abgeschlossen hat; dementsprechend berechtigt Artikel 10 Absatz 5 einen Konsul oder Konsulatsangehörigen nicht, bezüglich eines solchen Vertrags die Vorlage einer Urkunde oder die Aussage zu verweigern.

Article 10

(1) The archives and all other official documents and papers of a consulate shall at all times be inviolable and the authorities of the territory shall not under any pretext examine or detain any of them.

(2) Such archives and official documents and papers shall be kept separate from papers, books or correspondence of a consular officer or employee relating to other matters. This provision does not require the separation of diplomatic from consular archives and official papers when a consular office is situated on the premises of a diplomatic mission.

(3) A consular officer shall be entitled to communicate with the government of the sending state, with the diplomatic mission of that state, accredited to the receiving state, or with other consulates of the sending state which are situated in the same territory by post, telegraph, telephone and other public services, and to send and receive official correspondence by sealed consular pouches, bags and other containers; he may, in both cases, use secret language. In addition, he may similarly communicate and correspond with the governments of territories, for whose international relations the sending state is responsible, or with other diplomatic missions and consulates of that state, situated elsewhere than in the same territory of the receiving state, provided that, when the receiving state is at war, this additional right may be restricted.

(4) The official consular correspondence, referred to in paragraph (3), shall be inviolable and the authorities of the territory shall not examine or detain it. The pouches, bags and other containers, referred to in the said paragraph, shall be entitled to receive the same treatment as is accorded by the receiving state to the diplomatic bags of the sending state.

(5) A consular officer or employee shall be entitled to refuse a request from the courts or authorities of the territory to produce any documents from his archives or other official papers or to give evidence relating to matters within the scope of his official duties. Such a request shall, however, be complied with in the interests of justice if, in the judgment of the consular officer in charge of the post, it is possible to do so without prejudice to the interests of the sending state.

(6) A consular officer shall also be entitled to decline to give evidence as an expert witness with regard to the law of the sending state.

Article 11

(1) A consular officer or employee shall not be liable in proceedings in the courts of the receiving state, in respect of acts performed in his official capacity and falling within the functions of a consular officer under international law, including those referred to in Articles 17 to 36, unless the sending state requests or assents to the proceedings through its diplomatic representative.

(2) It is understood that the provisions of paragraph (1) of this Article shall not preclude a consular officer or employee from being held liable in a civil action arising out of a contract concluded by him in which he did not contract, expressly or impliedly, as agent for his government and that the provisions of paragraph (5) of Article 10 shall not entitle a consular officer or employee to refuse to produce any document, or to give evidence, relating to such a contract.

(3) (a) Von einem Konsul oder Konsulatsangehörigen kann vorbehaltlich des Artikels 10 Absatz 5 und 6 eine Zeugenaussage in einer Zivil- oder Strafsache verlangt werden.

(b) Das Gericht oder die Behörde haben in solchem Fall alle zumutbaren Schritte zu unternehmen, um eine Störung der Arbeit des Konsulats zu vermeiden. Bei einem Konsul hat das Gericht oder die Behörde in allen Fällen, in denen dies zulässig und möglich ist, dafür zu sorgen, daß die Aussage schriftlich oder mündlich in den Diensträumen oder der Wohnung des Konsuls entgegengenommen wird.

(4) (a) Alle Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Schiffe und Luftfahrzeuge, deren Halter ein Konsul oder Konsulatsangehöriger ist, sind ausreichend gegen Haftpflicht zu versichern.

(b) Die Bestimmungen des Absatzes 1 stehen der Inanspruchnahme eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen durch Dritte im Wege des Zivilprozesses aus dieser Haftpflicht nicht entgegen; ein Konsul oder Konsulatsangehöriger ist nicht berechtigt, im Zusammenhang mit einer solchen Klage auf Grund des Artikels 10 Absatz 5 die Vorlage einer Urkunde oder die Aussage zu verweigern.

(5) Ein Konsul sowie seine bei ihm wohnende Ehefrau und minderjährigen Kinder sind von den gesetzlichen Vorschriften des Gebiets über Ausländerregistrierung und Aufenthaltsgenehmigung befreit; sie unterliegen nicht der Ausweisung.

(6) Ein Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 8 Buchstaben b und c erfüllt, sowie seine bei ihm wohnende Ehefrau und minderjährigen Kinder genießen die in Absatz 5 genannten Befreiungen.

(7) Ein Konsul, der nicht Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist, bleibt von jeder Art Dienst als Richter und von jeder Art Militärdienst zu Lande, zur See und in der Luft sowie von jeglicher Polizei- oder Verwaltungsdienstpflicht befreit. Die gleichen Befreiungen genießt ein Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 8 erfüllt.

(8) Die in Absatz 6 und 7 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

(a) Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht des Empfangsstaats ist,

(b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in dem Gebiet nachgeht,

(c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.

Artikel 12

Ein Berufskonsul darf wegen Handlungen, die er nicht in amtlicher Eigenschaft vorgenommen hat, für Verstöße gegen die Gesetze des Gebiets nicht in Haft genommen werden,

es sei denn

(a) im Falle einer schweren Verfehlung im Sinne des Artikels 1 Absatz 9 oder

(b) im Falle einer anderen Verfehlung: zur Vorführung vor Gericht (wobei die Haft nur während der Ver-

(3) (a) Subject to the provisions of paragraphs (5) and (6) of Article 10, a consular officer or employee may be required to give evidence in either a civil or a criminal case.

(b) In such event, the court or authority concerned shall take all reasonable steps to avoid interference with the work of the consulate and, in the case of a consular officer, shall, wherever permissible and possible, arrange for the taking of the evidence, orally or in writing, at his office or residence.

(4) (a) All motor vehicles (which term shall be deemed for the purposes of this Article to include trailers), vessels and aircraft, owned by a consular officer or employee, shall be adequately insured by policies against third party risks.

(b) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not be deemed to preclude a consular officer or employee from being held liable in a civil action by a third party in respect of any such risk, and the provisions of paragraph (5) of Article 10 shall not entitle a consular officer or employee to refuse to produce any document, or to give evidence, in connexion with such an action.

(5) A consular officer, together with his wife and minor children residing with him, shall be exempt from the requirements of the law of the territory with regard to the registration of foreigners and permission to reside, and shall not be subject to deportation.

(6) A consular employee, provided that he complies with the conditions specified in sub-paragraphs (b) and (c) of paragraph (8) shall, together with his wife and minor children residing with him, enjoy the same exemptions as specified in paragraph (5).

(7) A consular officer who is not a national of the receiving state shall enjoy exemption from jury, naval, military, air, police or administrative service of any kind. Such exemption shall also be enjoyed by a consular employee who complies with the conditions specified in paragraph (8).

(8) The conditions referred to in paragraphs (6) and (7) of this Article are that the person concerned shall

(a) be a national of the sending state and not a national of the receiving state;

(b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;

(c) be a permanent employee of the sending state, or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

Article 12

A consular officer, being a career consular officer, shall not, in respect of acts performed otherwise than in his official capacity, be detained in custody for an offence against the law of the territory, except

(a) in the case of a grave offence as defined in paragraph (9) of Article 1; or

(b) in the case of any other offence, for the purpose of standing trial (it being understood that such

handlung vor Gericht, nicht aber während einer Vertagung aufrechterhalten werden darf) oder nach rechtskräftiger Verurteilung oder

(c) mit Zustimmung oder auf Ersuchen des Entsendestaats.

detention shall only continue during the progress of proceedings in court, exclusive of any adjournments thereof), or upon conviction; or

(c) at the request or with the consent of the sending state.

TEIL IV

Finanzielle Vorrechte

Artikel 13

Der Entsendestaat oder eine in seinem Namen handelnde natürliche oder juristische Person ist von allen Steuern oder ähnlichen Abgaben jeder Art befreit, die von dem Empfangsstaat oder von einem Einzelstaat, einer Provinz, Gemeinde oder sonstigen Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden auf

(a) Eigentum oder Besitz an Grundstücken, Gebäuden, Gebäudeteilen und Zubehör, die ausschließlich für einen der in Artikel 7 Absatz 1 genannten Zwecke benutzt werden, mit Ausnahme von Steuern oder sonstigen Abgaben, die für Dienstleistungen oder örtliche öffentliche Verbesserungen erhoben werden und deren Höhe sich nach dem Nutzen für die betreffenden Grundstücke richtet;

(b) Rechtsgeschäfte oder Urkunden über den Erwerb von Grundeigentum für einen der genannten Zwecke;

(c) Eigentum, Besitz oder Benutzung beweglicher Sachen für konsularische Zwecke.

Artikel 14

(1) Steuern oder ähnliche Abgaben aller Art werden in dem Gebiet durch den Empfangsstaat oder einen Einzelstaat, eine Provinz, Gemeinde oder sonstige Untergliederung des Empfangsstaats weder erhoben noch eingezogen auf

(a) Gebühren, die für den Entsendestaat als Entgelt für konsularische Amtshandlungen vereinnahmt werden, oder Quittungen für die Zahlung solcher Gebühren;

(b) die Dienstbezüge, Gehälter, Löhne oder Vergütungen, die ein Konsul als Entgelt für seine Dienste in einem Konsulat erhält (wobei der Ausdruck „Konsul" im Sinne dieser Bestimmung die Wahlkonsuln nicht mit einschließt, es sei denn, daß sie die Staatsangehörigkeit des Entsendestaats besitzen und in dem Gebiet keiner privaten Erwerbstätigkeit nachgehen);

(c) die Dienstbezüge, Gehälter, Löhne oder Vergütungen, die ein Konsulatsanhöriger als Entgelt für seine Dienste in einem Konsulat erhält, vorausgesetzt, daß der Konsulatsangehörige Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht des Empfangsstaats ist (wobei der Ausdruck „Konsulatsangehöriger" im Sinne dieser Bestimmung auch Fahrer und ausschließlich mit Haushalts- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Konsulatsgrundstücken beschäftigte Personen mit einschließt).

(2) Ferner sind der Entsendestaat oder ein Konsul oder Konsulatsangehöriger in dem Gebiet bezüglich der von einem Konsul oder Konsulatsangehörigen in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, die in den Bereich ihrer Dienstobliegenheiten fallen, von allen Steuern oder ähnlichen Abgaben jeder Art befreit, die durch den Empfangsstaat oder einen Einzelstaat, eine Provinz, Gemeinde oder sonstige Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder einge-

PART IV

Financial Privileges

Article 13

The sending state, or any natural or juridical person acting on its behalf, shall be exempt from all taxes or other similar charges of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, in respect of

(a) the ownership or occupation of land, buildings, parts of buildings or appurtenances used exclusively for any of the purposes specified in paragraph (1) of Article 7, except taxes or other assessments levied for services or for local public improvements, which shall be payable to the extent that the said premises are benefited;

(b) transactions or instruments relating to the acquisition of immovable property for any of the said purposes;

(c) the ownership, possession or use of movable property for consular purposes.

Article 14

(1) No tax or other similar charge of any kind shall be imposed or collected in the territory by the receiving state or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, in respect of

(a) fees received on behalf of the sending state in compensation for consular services or any receipt given for the payment of such fees;

(b) the official emoluments, salary, wages or allowances received by a consular officer (which term, for the purposes of this sub-paragraph, shall not include honorary consular officers, unless they are nationals of the sending state and are not engaged in private occupation for gain in the territory) as compensation for his consular services;

(c) the official emoluments, salary, wages or allowances received by a consular employee (which term, for the purposes of this sub-paragraph, shall include drivers and persons employed solely on domestic duties at or in the upkeep of the consular premises) as compensation for his services at a consulate, provided that such employee is a national of the sending state and is not a national of the receiving state.

(2) In addition, the sending state or any consular officer or employee shall be exempt in the territory from all taxes or other similar charges of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other subdivision thereof, by reason of acts performed by a consular officer or employee in his official capacity and falling within the sphere of his official duties. This exemption shall not apply to taxes or other similar

zogen werden. Diese Befreiung gilt nicht für Steuern oder ähnliche Abgaben, hinsichtlich derer ein Dritter der gesetzlich Verpflichtete ist, auch wenn die Steuer oder ähnliche Abgabe auf den Entsendestaat oder auf den Konsul oder Konsulatsangehörigen abgewälzt werden kann.

Artikel 15

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 dieses Artikels ist ein Konsul oder Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 4 dieses Artikels erfüllt, in dem Gebiet von allen Steuern oder ähnlichen Abgaben jeder Art befreit, die durch den Empfangsstaat oder einen Einzelstaat, eine Provinz, Gemeinde oder sonstige Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden, — mit Ausnahme der Steuern oder Zölle, die gegenwärtig oder künftig bei oder auf Grund einer Einfuhr oder Wiederausfuhr erhoben werden und für welche die Freistellung ausschließlich in Artikel 16 geregelt ist.

(2) Absatz 1 dieses Artikels gilt nur für Steuern oder ähnliche Abgaben, hinsichtlich derer der Konsul oder Konsulatsangehörige in Ermangelung der in diesem Artikel vorgesehenen Befreiung der gesetzlich Verpflichtete wäre; er gilt nicht für Steuern oder ähnliche Abgaben, hinsichtlich derer ein Dritter der gesetzlich Verpflichtete ist, auch wenn die Steuer oder ähnliche Abgabe auf den Konsul oder Konsulatsangehörigen abgewälzt werden kann. Hat jedoch ein Konsul oder Konsulatsangehöriger Anspruch auf Einkommen aus Quellen außerhalb des Gebiets und ist dieses Einkommen innerhalb dieses Gebiets durch einen Bankier oder sonstigen Beauftragten, der bei Zahlung des Einkommens zum Abzug von Einkommensteuer verpflichtet ist, an ihn zu zahlen oder für ihn einzuziehen, so hat der Konsul oder Konsulatsangehörige Anspruch auf Rückzahlung der einbehaltenen Steuer.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt nicht für

(a) Steuern, die auf das Eigentum an Grundstücken in dem Gebiet oder auf deren Besitz erhoben oder eingezogen werden;

(b) Steuern auf Einkommen aus anderen innerhalb des Gebiets befindlichen Quellen;

(c) Steuern, die beim Übergang von Vermögenswerten von Todes wegen im Gebiet erhoben oder eingezogen werden, gleichviel ob der Konsul oder Konsulatsangehörige der Erblasser oder die Person ist, auf welche die Vermögenswerte von Todes wegen übergehen;

(d) Steuern auf Rechtsvorgänge oder auf Urkunden über Rechtsvorgänge, z. B. auf die Veräußerung oder Übertragung von Geld oder Gegenständen oder Stempelgebühren, die in Verbindung damit erhoben oder eingezogen werden;

(e) Steuern auf den Verbrauch oder andere ähnliche Abgaben, wozu Steuern, die auf das Eigentum, die Benutzung oder den Betrieb von Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen oder von Rundfunk- und Fernsehgeräten oder auf in das Hoheitsgebiet gemäß Artikel 16 eingeführte Gegenstände erhoben oder eingezogen werden, nicht gehören sollen.

(4) Die in Absatz 1 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

(a) Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist,

(b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in dem Gebiet nachgeht,

charges in respect of which some other person is legally liable, notwithstanding that the burden of the tax or other similar charge may be passed on to the sending state or the consular officer or employee.

Article 15

(1) Subject to the provisions of paragraphs (2) and (3) of this Article, a consular officer or employee who complies with the conditions set out in paragraph (4) of this Article shall be exempt in the territory from all taxes or other similar charges of any kind (other than taxes or duties which are, or may be, imposed upon or by reason of importation or re-exportation, exemption from which is dealt with exclusively in Article 16) which are, or may be, imposed or collected by the receiving state or by any state, province, municipality or other sub-division thereof.

(2) The provisions of paragraph (1) of this Article shall apply only to taxes or other similar charges in respect of which a consular officer or employee would, in the absence of the exemption provided in this Article, be the person legally liable, and shall not apply to taxes or other similar charges in respect of which some other person is legally liable, notwithstanding that the burden of the tax or other similar charge may be passed on to the consular officer or employee. If, however, a consular officer or employee is entitled to income from sources outside the territory but that income is payable to him, or collected on his behalf, by a banker or other agent within the territory who is required to deduct income tax on payment of the income, the consular officer or employee shall be entitled to repayment of the tax so deducted.

(3) The provisions of paragraph (1) of this Article shall not apply to

(a) taxes imposed or collected on the ownership or occupation of immovable property situated within the territory;

(b) taxes on income derived from other sources within the territory;

(c) taxes imposed or collected within the territory on the passing of property on death, whether the consular officer or employee is the person who dies or the person to whom the property passes on death;

(d) taxes on transactions or instruments effecting transactions, such as taxes on the sale or transfer of money or property, or stamp duties imposed or collected in connexion therewith;

(e) excise, consumption or other similar taxes, which shall not be deemed to include any such tax imposed or collected on the ownership, use or operation of any vehicle, vessel or aircraft, or of any wireless or television set or on articles imported into the territory in accordance with the provisions of Article 16.

(4) The conditions referred to in paragraph (1) of this Article are that the person concerned shall

(a) be a national of the sending state and not a national of the receiving state;

(b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;

(c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.

Artikel 16

(1) Der Entsendestaat oder sein für ihn handelnder Konsul oder Konsulatsangehöriger dürfen alle Möbel, Ausstattungsgegenstände, Versorgungsgüter, Baumaterialien und andere Sachen einschließlich Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, die für den Gebrauch oder Verbrauch im Zusammenhang mit den amtlichen Zwecken eines Konsulats bestimmt sind, in das Gebiet einführen oder aus diesem ausführen; sie sind bezüglich aller dieser Sachen von allen Steuern oder Zöllen jeder Art befreit, die bei oder auf Grund einer Einfuhr oder Wiederausfuhr von dem Empfangsstaat oder einem Einzelstaat, einer Provinz, Gemeinde oder sonstigen Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden.

(2) Ein Konsul oder Konsulatsangehöriger, der die Voraussetzungen des Absatzes 4 erfüllt, darf ferner jegliches Gepäck sowie Gebrauchsgegenstände und sonstige Sachen einschließlich von Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen, die ausschließlich für seinen persönlichen Gebrauch oder Verbrauch oder für den Gebrauch oder Verbrauch der zu seinem Haushalt gehörigen Familienmitglieder bestimmt sind, in das Gebiet einführen und später wieder aus diesem ausführen; er ist bezüglich aller dieser Sachen von allen Steuern oder Zöllen jeder Art befreit, die bei oder auf Grund einer Einfuhr oder Wiederausfuhr von dem Empfangsstaat oder einem Einzelstaat, einer Provinz, Gemeinde oder sonstigen Untergliederung des Empfangsstaats gegenwärtig oder künftig erhoben oder eingezogen werden. Diese Bestimmung gilt für alle Sachen, die er bei seiner ersten oder bei späteren Einreisen an seine Konsulatsdienststelle mitbringt oder die ihm an seine Konsulatsdienststelle zugesandt und zu irgendeiner Zeit eingeführt werden, solange er dieser Dienststelle zugeteilt oder bei ihr beschäftigt ist.

(3) Es besteht jedoch Einvernehmen darüber,

(a) daß der Empfangsstaat als Bedingung für die Gewährung der in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen verlangen kann, daß ihm jede Einfuhr oder Wiederausfuhr in der von ihm vorgeschriebenen Weise mitgeteilt wird;

(b) daß die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen mit Rücksicht darauf, daß sie lediglich zum dienstlichen oder persönlichen Gebrauch bestimmte Sachen betreffen, keine Anwendung auf Sachen finden, die aus Gefälligkeit für andere oder zum Verkauf oder zu sonstigen gewerblichen Zwecken eingeführt werden; dies schließt jedoch die Einfuhr von Sachen als Muster gewerblicher Erzeugnisse lediglich zur Ausstellung innerhalb eines Konsulats nicht aus, vorausgesetzt, daß sie später wieder ausgeführt oder vernichtet werden;

(c) daß der Empfangsstaat bestimmen kann, daß die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen nicht für Sachen gelten, die in dem Gebiet gezogen, erzeugt oder hergestellt und ohne Zahlung oder unter Rückerstattung von Steuern oder Zöllen, die ohne eine Ausfuhr erhoben worden wären, aus diesem Gebiet ausgeführt wurden;

(d) daß aus diesem Artikel keine Erlaubnis abgeleitet werden kann, Sachen in das Gebiet einzubringen, deren Einfuhr ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

(c) be a permanent employee of the sending state, or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

Article 16

(1) The sending state, or a consular officer or employee acting on its behalf, shall be permitted to import into the territory, or to export therefrom, all furniture, equipment, supplies, building materials and other articles, including vehicles, vessels and aircraft, intended for use or consumption in connexion with any of the official purposes of a consulate and shall be exempt, in respect of all such articles, from all taxes or other duties of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, upon or by reason of importation or re-exportation.

(2) A consular officer or employee who complies with the conditions set out in paragraph (4) of this Article shall also be permitted to import into the territory, and subsequently to export therefrom, all baggage and effects and other articles, including vehicles, vessels and aircraft, intended exclusively for his use or consumption or for the use or consumption of members of his family forming part of his household, and shall be exempt, in respect of all such articles, from all taxes or other duties of any kind which are, or may be, imposed or collected by the receiving state, or by any state, province, municipality or other sub-division thereof, upon or by reason of importation or re-exportation. This provision shall apply to all such articles which accompany him to his consular post, whether upon first arrival or upon any subsequent arrival, or which are consigned to him at his post, and imported at any time while he is assigned to or employed at such post.

(3) It is, however, understood that

(a) the receiving state may, as a condition to the granting of the exemptions provided in this Article, require that a notification of any importation or re-exportation be given in such manner as it may prescribe;

(b) the exemptions provided in this Article, being in respect of articles imported for official or personal use only, shall not extend to articles imported as an accommodation to others or for sale or for other commercial purposes; this understanding shall not, however, be regarded as precluding the importation of articles as samples of commercial products solely for display within a consulate, provided that they are subsequently re-exported or destroyed;

(c) the receiving state may determine that the exemptions provided in this Article shall not apply in respect of articles grown, produced or manufactured in the territory which have been exported therefrom without payment of, or upon repayment of, taxes or duties which would have been leviable but for such exportation;

(d) nothing in this Article shall be construed so as to permit the entry into the territory of any article the importation of which is specifically prohibited by law.

(4) Die in Absatz 2 erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

(a) nicht Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist,

(b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in dem Gebiet nachgeht,

(c) in einem festen Dienstverhältnis zu dem Entsendestaat steht oder, falls dies nicht zutrifft, zur Zeit des Dienstantritts beim Konsulat ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in dem Gebiet gehabt hat.

TEIL V

Allgemeine konsularische Aufgaben

Artikel 17

(1) Ein Konsul ist berechtigt, die Staatsangehörigen des Entsendestaats sowie ihr Eigentum und ihre Interessen zu schützen. Zu diesem Zwecke kann er

(a) jeden Staatsangehörigen des Entsendestaats befragen, mit ihm in Verbindung treten und ihn beraten;

(b) Nachforschungen über alle Zwischenfälle anstellen, welche die Interessen eines derartigen Staatsangehörigen berühren;

(c) jedem derartigen Staatsangehörigen in Verhandlungen vor den Behörden des Gebiets oder im Verkehr mit diesen Hilfe leisten, für Rechtsschutz für ihn sorgen sowie für ihn bei den genannten Behörden auf deren Ersuchen oder mit deren Einverständnis als Dolmetscher tätig werden oder einen Dolmetscher zu diesem Zweck bestellen;

(d) sich an die zuständigen örtlichen Behörden und die zuständigen Ressorts der Zentralregierung des Gebiets wenden und mit ihnen in Schriftverkehr eintreten, jedoch nicht mit dem Auswärtigen Amt oder dem Foreign Office schriftlich verkehren oder dort diplomatische Anliegen vorbringen, es sei denn, daß kein diplomatischer Vertreter des Entsendestaats anwesend ist. Werden derartige Anliegen schriftlich vorgebracht, so kann die Behörde oder das Ressort von dem Konsul die Beifügung einer Übersetzung in der Amtssprache des Gebiets verlangen.

(2) Der Ausdruck „Interessen" in Absatz 1 dieses Artikels umfaßt auch Angelegenheiten, die in Zusammenhang stehen mit dem Aufenthalt, der Arbeitsaufnahme und den bürgerlichen Rechten der Staatsangehörigen in dem Gebiet.

(3) Ein Staatsangehöriger des Entsendestaats hat das Recht, jederzeit mit dem zuständigen Konsul in Verbindung zu treten und, wenn er nicht in Haft ist, ihn in seinem Konsulat aufzusuchen.

Artikel 18

(1) Der zuständige Konsul wird von den Behörden des Gebiets unverzüglich in Kenntnis gesetzt, wenn ein Staatsangehöriger des Entsendestaats innerhalb des Gebiets in Untersuchungs- oder sonstige Haft genommen wird.

(2) Einem Konsul ist es gestattet, einen Staatsangehörigen des Entsendestaats, der in dieser Weise für ein Verfahren oder eine Vernehmung in Untersuchungs- oder sonstiger Haft festgehalten wird oder der zur Einlegung eines Rechtsmittels innerhalb der gesetzlichen Frist berechtigt ist, unverzüglich zu besuchen, mit ihm frei und persönlich zu sprechen und für ihn einen Anwalt zu bestellen. Jede Mitteilung dieses Staatsangehörigen an den Konsul wird von den Behörden des Gebiets unverzüglich weitergeleitet.

(4) The conditions referred to in paragraph (2) of this Article are that the person concerned shall

(a) not be a national of the receiving state;

(b) not be engaged in private occupation for gain in the territory;

(c) be a permanent employee of the sending state or, if not a permanent employee thereof, not have been ordinarily resident in the territory at the time of taking up his consular appointment.

PART V

General Consular Functions

Article 17

(1) A consular officer shall be entitled to protect the nationals of the sending state and their property and interests. For this purpose he may

(a) interview, communicate with and advise any national of the sending state;

(b) inquire into any incidents which have occurred affecting the interests of any such national;

(c) assist any such national in proceedings before or in relations with the authorities of the territory, arrange for legal assistance for him, and act as interpreter on his behalf, or appoint an interpreter so to act, before the said authorities, at their request or with their consent;

(d) apply to and correspond with the appropriate local authorities and the appropriate departments of the central government of the territory, but not correspond with or make diplomatic claims to the Auswärtiges Amt or the Foreign Office, as the case may be, except in the absence of any diplomatic representative of the sending state; when any such representations are made in writing, a consular officer may be required by the authority or department concerned to attach a translation into the official language of the territory.

(2) The term "interests", as used in paragraph (1) of this Article, shall be deemed to include, in relation to nationals, matters arising in connexion with their stay, taking of employment and enjoyment of civil rights in the territory.

(3) A national of the sending state shall have the right at all times to communicate with the appropriate consular officer and, unless subject to lawful detention, to visit him at his consulate.

Article 18

(1) The appropriate consular officer shall be informed without delay by the authorities of the territory when any national of the sending state is confined in prison awaiting trial or is otherwise detained in custody within the territory.

(2) A consular officer shall be permitted to visit without delay, to converse freely and privately with, and to arrange legal representation for, any national of the sending state who is so confined or detained for the purpose of any proceedings or interrogation or who is entitled to appeal under the ordinary rules as to the time within which an appeal may be made. Any communication from such a national to the consular officer shall be forwarded without delay by the authorities of the territory.

(3) Verbüßt ein Staatsangehöriger des Entsendestaats auf Grund einer Verurteilung eine Freiheitsstrafe, so hat der Konsul unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels nach Benachrichtigung der zuständigen Behörde das Recht, ihn zu besuchen. Jeder derartige Besuch muß der in der Haftanstalt geltenden Ordnung entsprechen; jedoch muß diese Ordnung angemessene Gelegenheit für den Zutritt zu dem betreffenden Staatsangehörigen und für eine Unterredung mit ihm geben.

Artikel 19

Ein Konsul kann

(a) (i) Erklärungen entgegennehmen, deren Abgabe nach den Staatsangehörigkeitsgesetzen des Entsendestaats vorgeschrieben ist;

(ii) die nach den Gesetzen des Entsendestaats über eine Dienstpflicht vorgeschriebenen Mitteilungen an einen Staatsangehörigen des Entsendestaats ergehen lassen und entsprechende Erklärungen von ihm entgegennehmen;

(iii) Geburt und Tod von Staatsangehörigen des Entsendestaats und eine nach den Gesetzen des Gebiets vollzogene Eheschließung registrieren, sofern wenigstens einer der Ehegatten Staatsangehöriger des Entsendestaats ist; jedoch besteht Einvernehmen darüber, daß die konsularische Registrierung einer Geburt, eines Sterbefalls oder einer Eheschließung eine Privatperson nicht von den Rechtsvorschriften des Gebiets über die Anmeldung und Registrierung von Geburten und Sterbefällen bei den Behörden dieses Gebiets und über Eheschließungen befreit;

(iv) Staatsangehörigen des Entsendestaats Pässe und Reiseausweise ausstellen sowie Personen, welche die Einreise in diesen Staat beantragen, Sichtvermerke und andere geeignete Urkunden erteilen;

(v) zur Verwendung im Entsendestaat Ursprungszeugnisse und sonstige etwa erforderliche Bescheinigungen für Waren ausstellen;

(vi) für die Gerichte des Entsendestaats in nach einschlägigen Abmachungen der Hohen Vertragschließenden Parteien zulässiger oder in anderer den Gesetzen des Gebiets nicht widersprechender Weise gerichtliche Urkunden zustellen oder Beweise erheben;

(b) öffentliche Urkunden aufnehmen, Erklärungen aufsetzen und entgegennehmen, Unterschriften und Schriftstücke legalisieren, beglaubigen oder bescheinigen sowie Schriftstücke übersetzen, wenn dies von einer Person beliebiger Staatsangehörigkeit für eine Verwendung im Entsendestaat oder nach dem Recht dieses Staats benötigt wird. Ist nach dem Recht des Entsendestaats die Abnahme eines Eides oder einer eidesstattlichen Versicherung erforderlich, so können diese abgenommen werden. Ein Konsul kann diese Handlungen auch in Verbindung mit Schriftstücken vornehmen, die von einem Staatsangehörigen des Entsendestaats zur Benutzung außerhalb des Entsendestaats benötigt werden; doch besteht Einvernehmen darüber, daß diese Bestimmung keine Verpflichtung der Behörden des Empfangstaats begründet, die Gültigkeit der in diesem Absatz genannten Beurkundungs- und sonstigen Amtshandlungen eines Konsuls bei Schriftstücken anzuerkennen, die nach dem Recht des Empfangsstaats vorgeschrieben sind.

(3) Without prejudice to the provisions of paragraph (2) of this Article, when a national of the sending state is detained in custody in pursuance of a sentence, a consular officer shall, upon notification to the competent authority, have the right to visit him. Any such visit shall be conducted in accordance with the regulations in force in the institution in which he is detained, it being understood, however, that such regulations shall permit reasonable access to and opportunity of conversing with such national.

Article 19

A consular officer may

(a) (i) receive such declarations as may be required to be made under the nationality laws of the sending state;

(ii) issue such notices to, and receive such declarations from, a national of the sending state as may be required under the law of the sending state with regard to compulsory national service;

(iii) register the birth or death of a national of the sending state and, provided that at least one of the parties thereto is a national of the sending state, record a marriage celebrated under the law of the territory, but it is understood that such a consular registration of a birth or death or the recording by a consular officer of such a marriage in no way exempts a private person from any obligation under the law of the territory with regard to the notification and registration of births, deaths or marriages with the authorities of the territory;

(iv) issue passports and travel documents to nationals of the sending state and grant visas and other appropriate documents to persons seeking entry into that state;

(v) issue, with regard to goods, certificates of origin and other necessary documents for use in the sending state;

(vi) serve judicial documents or take evidence on behalf of courts of the sending state in a manner permitted under any special arrangement on this subject between the High Contracting Parties or otherwise not inconsistent with the law of the territory;

(b) perform notarial acts, draw up and receive declarations, and legalise, authenticate or certify signatures or documents, or translate documents, in any case where these services are required by a person of any nationality for use in the sending state or under the law in force in that state. If under that law the administration of an oath or affirmation is required, such oath or affirmation may be administered. A consular officer may also perform these functions in connexion with documents required by a national of the sending state for use elsewhere than in the sending state, but it is understood that this provision involves no obligation on the authorities of the receiving state to recognise the validity of such notarial and other acts, referred to in this paragraph, performed by a consular officer in connexion with documents required under the law of the receiving state.

Artikel 20

Ein Konsul kann die Interessen des Entsendestaats in bezug auf Handels-, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten fördern.

TEIL VI

Nachlässe

Artikel 21

(1) Hinterläßt eine Person Vermögen in einem Gebiet und hat ein Staatsangehöriger des Entsendestaats, der weder in diesem Gebiet ansässig ist noch dort einen Vertreter hat, einen Rechtsanspruch auf diese Vermögenswerte (z. B. als letztwillig Begünstigter oder Testamentsvollstrecker oder Nachlaßgläubiger oder gesetzlicher Erbe) oder macht er einen solchen Anspruch geltend, so ist der Konsul, wenn der Nachlaß in seinem Amtsbezirk oder in dem Amtsbezirk des ihm übergeordneten Konsuls oder des Missionschefs verwaltet wird oder, falls keine Verwaltung eingesetzt worden ist, wenn die Vermögenswerte sich dort befinden, berechtigt, den betreffenden Staatsangehörigen hinsichtlich seiner Rechte an dem Nachlaß oder den Vermögenswerten zu vertreten, als ob der Betreffende dem Konsul eine gültige Vollmacht ausgestellt hätte. Wird der betreffende Staatsangehörige später in dem Gebiet vertreten, so ist die Stellung des Konsuls so anzusehen, als habe er zuvor eine Vollmacht des Staatsangehörigen gehabt, die von dem Zeitpunkt, in dem der Konsul von der anderweitigen Vertretung des Staatsangehörigen Kenntnis erhält, unwirksam geworden ist.

(2) Hat ein Konsul ein Vertretungsrecht im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels, so ist er berechtigt, Maßnahmen zum Schutz und zur Wahrung der Interessen der Person, zu deren Vertretung er befugt ist, zu treffen. Er ist ferner berechtigt, den Nachlaß oder die Vermögenswerte insoweit in Besitz zu nehmen und uneingeschränkt zu verwalten, wie er es als ordnungsmäßig bestellter Vertreter der Person tun könnte, deren Interessen er vertritt, es sei denn, daß ein anderer mit gleichen oder vorgehenden Rechten die notwendigen Schritte zur Inbesitznahme oder zur Verwaltung unternommen hat.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit und den Sterbeort des Erblassers.

Artikel 22

(1) Ist nach den Gesetzen des Gebiets eine Vertretungsgenehmigung (grant of representation) oder gerichtliche Verfügung erforderlich, um den Konsul zum Schutz oder zur Inbesitznahme der Vermögenswerte zu ermächtigen, so wird jede Genehmigung oder Verfügung, die auf Antrag des ordnungsmäßig bestellten Bevollmächtigten der Person ergehen würde, deren Interessen der Konsul vertritt, dem Konsul auf seinen Antrag erteilt. Wird glaubhaft gemacht, daß sofortige Maßnahmen zum Schutz und zur Erhaltung des Nachlasses erforderlich und daß Personen mit einem rechtlichen Interesse vorhanden sind, das wahrzunehmen der Konsul befugt ist, so erteilt das Gericht, falls es die Dringlichkeit als hinreichend dargetan erachtet, dem Konsul eine vorläufige Genehmigung oder Verfügung, die beschränkt ist auf den Schutz und die Erhaltung des Nachlasses bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine weitere Genehmigung erteilt wird.

(2) (a) Ist nach den Gesetzen des Gebiets eine Vertretungsgenehmigung von einem Gericht für die uneingeschränkte Verwaltung des Nachlasses

Article 20

A consular officer may further the interests of the sending state in relation to commercial, economic and cultural matters.

PART VI

Estates

Article 21

(1) Where a deceased person leaves property in a territory and a legal or equitable interest in such property (for instance, as a beneficiary under a will or as an executor or as a creditor of the estate or in the event of an intestacy) is held or claimed by a national of the sending state who is neither resident nor legally represented in that territory, a consular officer within whose district or within the district of whose superintending consular officer or head of post, as the case may be, the estate of the deceased person is being administered or, if no administration has been instituted, the property is situated shall have the right to represent such national as regards his interests in the estate or property as if valid powers of attorney had been executed by him in favour of the consular officer. If subsequently such national becomes legally represented in the territory, the consular officer's position shall be as if he previously had a power of attorney from the national which has ceased to be operative as from the date when the consular officer is informed that such national is otherwise legally represented.

(2) Where the consular officer has a right of representation under paragraph (1) of this Article, he shall have the right to take steps for the protection and preservation of the interests of the person whom he is entitled to represent. He shall likewise have the right to take possession of, and fully administer, the estate or the property to the same extent as if he were the duly appointed attorney of the person whose interests he represents, unless another person, having equal or prior rights, has taken the necessary steps to assume possession or administration thereof.

(3) The provisions of this Article shall apply whatever the nationality of the deceased person and irrespective of the place of his death.

Article 22

(1) If under the law of the territory a grant of representation or order of a court is necessary for the purpose of enabling a consular officer to protect or to take possession of the property, any grant or order which would have been made on the application of the duly appointed attorney of the person whose interests are represented by the consular officer shall be made on the application of the consular officer. On *prima facie* evidence of the necessity for the immediate protection and preservation of the estate and of the existence of persons with an interest which the consular officer has a right to represent, the court shall, if satisfied as to such necessity, make a provisional grant or order in favour of the consular officer, limited to the protecting and preserving of the estate until such time as a further grant of representation is made.

(2) (a) If under the law of the territory a grant of representation by a court (or, where a grant has already been made in accordance with

erforderlich (oder bedarf es, wenn eine Genehmigung nach Absatz 1 bereits erteilt worden ist, hierzu einer weiteren Genehmigung), so ist der Konsul vorbehaltlich der Bestimmungen der Buchstaben b und c dieses Artikels berechtigt, eine solche Genehmigung zu beantragen und zu erwirken, wie wenn er der ordnungsgemäß bestellte Vertreter der Person wäre, deren Rechte er wahrnimmt.

(b) Das Gericht kann, wenn es dies für zweckdienlich erachtet, die Erteilung der von dem Konsul nachgesuchten Genehmigung solange aussetzen, wie es dies für erforderlich hält, um die von dem Konsul vertretene Person zu benachrichtigen und ihr die Entscheidung zu ermöglichen, ob sie durch einen anderen als den Konsul vertreten zu werden wünscht.

(c) Das Gericht kann, wenn es dies für zweckdienlich erachtet, den Konsul anweisen, angemessenen Nachweis dafür zu erbringen, daß die Vermögenswerte den Berechtigten übergeben worden sind; es kann auch, falls der Konsul nicht in der Lage ist, diesen Nachweis zu erbringen, anordnen, daß die Vermögenswerte an die zuständige Behörde oder Person zurückzuzahlen und zurückzugeben sind; es kann schließlich auch anordnen, daß, nachdem der Konsul den Nachlaß im übrigen uneingeschränkt verwaltet hat, die tatsächliche Übergabe der Vermögenswerte an die genannte Person so erfolgen soll, wie das Gericht es bestimmt.

(3) Ist dem Konsul gemäß Absatz 1 oder 2 dieses Artikels eine Genehmigung erteilt worden, so wird sie mit dem Tag unwirksam, an welchem dem Staatsangehörigen, dessen Interessen der Konsul wahrnimmt, auf seinen Antrag oder auf Antrag eines von ihm bestellten Vertreters eine Genehmigung ausgestellt wird.

paragraph (1) of this Article, a further grant) is necessary for the full administration of the estate, the consular officer, subject to the provisions of sub-paragraphs (b) and (c) of this paragraph, shall have the same right to apply for and obtain such grant on his application as if he were the duly appointed attorney of the person whose interests he represents.

(b) The court may, if it thinks fit, postpone the making of a grant on the application of the consular officer for such time as it deems necessary to enable the person represented by the consular officer to be informed and to decide whether he desires to be represented otherwise than by the consular officer.

(c) The court may, if it thinks fit, order the consular officer to furnish reasonable evidence of the receipt of the assets by the persons entitled to them by law or to repay or return those assets to the competent authority or person in the event of the consular officer being unable to furnish such evidence, or the court may order that, the consular officer having otherwise fully administered the estate, the actual transmission of the assets to these persons shall be effected through such other channels as it may direct.

(3) In any case where a grant has already been made in favour of the consular officer in accordance with the provisions of paragraph (1) or (2) of this Article, such grant shall cease to be operative as from the date when a further grant is made to the national whose interests the consular officer represents on that national's application or on the application of a representative appointed by him.

Artikel 23

Bei Nachlässen, die in einem der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete liegen, ist der Konsul auch berechtigt, einen geringfügigen Nachlaß eines verstorbenen Staatsangehörigen des Entsendestaats entgegenzunehmen und zu verteilen, ohne zuvor eine Vertretungsgenehmigung zu erwirken, soweit dies nach dem Recht des Gebiets zulässig ist.

Article 23

In addition, in respect of estates situated in any of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43, a consular officer shall be entitled to receive and distribute an estate of small value of a deceased national of the sending state without first obtaining a grant of representation, to the extent that, and subject to the conditions under which, this may be permitted under the law of the territory.

Artikel 24

(1) Stirbt ein Staatangehöriger des Entsendestaats auf der Reise oder Durchreise in dem Gebiet, ohne dort seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zu haben, so ist es dem Konsul gestattet, die im persönlichen Besitz des Verstorbenen befindlichen Geldbeträge und Gegenstände sofort zur Sicherstellung in Verwahrung zu nehmen; unberührt bleibt die Befugnis der Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden des Gebiets, diese Geldbeträge und Gegenstände selbst in Besitz zu nehmen, wenn die Belange der Rechtspflege oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren dies erforderlich machen. Das Recht, diese Geldbeträge oder Gegenstände im Besitz zu behalten oder darüber zu verfügen, unterliegt den Rechtsvorschriften des Gebiets und den Bestimmungen der Artikel 21, 22 und 23.

(2) Ergibt sich zwischen diesem Artikel und Artikel 36 ein Widerspruch, so geht Artikel 36 vor.

Article 24

(1) If a national of the sending state dies while travelling in or passing through the territory without being either domiciled or resident there, a consular officer shall be permitted, for the purpose of safeguarding the money and effects in the personal possession of the deceased, to take immediate custody thereof, subject to the right of the administrative or judicial authorities of the territory to assume possession of such money and effects in any case where the interests of justice or the investigation of crime so require. Any right to retain possession or to dispose of such money or effects shall be subject to the law of the territory and to the provisions of Articles 21, 22 and 23.

(2) It is understood that in the event of any conflict between the provisions of this Article and the provisions of Article 36, the latter Article shall prevail.

Artikel 25

Übt ein Konsul die in den Artikeln 21 bis 24 genannten Rechte in bezug auf einen Nachlaß aus, so untersteht er insoweit für alle Verfahren, die im Zusammenhang damit anhängig gemacht werden, der Gerichtsbarkeit der Gerichte des Gebiets; Artikel 10 Absatz 5 und Artikel 11 Absatz 1 finden insoweit keine Anwendung.

Article 25

If a consular officer exercises the rights referred to in Articles 21 to 24 with regard to an estate he shall to that extent, notwithstanding the provisions of paragraph (5) of Article 10 or of paragraph (1) of Article 11, be subject to the jurisdiction of the courts of the territory in any proceedings arising in connexion therewith.

Artikel 26

Wird den Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden des Gebiets zur Kenntnis gebracht,

(a) daß ein Nachlaß in dem Gebiet vorhanden ist, bezüglich dessen der Konsul berechtigt sein könnte, Interessen nach Maßgabe der Artikel 21 bis 24 zu vertreten, oder

(b) daß ein Staatsangehöriger des Entsendestaats im Gebiet verstorben ist und daß anzunehmen ist, daß in dem Gebiet außer einem öffentlichen Verwalter oder ähnlichen Beamten keine Person anwesend oder vertreten ist, die das Recht besitzt, die Verwaltung der vom Verstorbenen dort etwa hinterlassenen Vermögenswerte zu beanspruchen,

so setzen sie den Konsul hiervon in Kenntnis.

Article 26

Where it is brought to the knowledge of the authorities of the territory (administrative or judicial) that

(a) there is an estate in the territory with regard to which a consular officer may have a right to represent interests by virtue of Articles 21 to 24; or

(b) a national of the sending state has died in the territory and it appears that there is not present or represented in the territory any person, other than a public administrator or similar official, entitled to claim administration of any property which the deceased may have left there;

they shall inform the consular officer to this effect.

Artikel 27

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 21 bis 24 kann ein Konsul Geld oder sonstige Vermögenswerte, auf die ein nicht in dem Gebiet ansässiger Staatsangehöriger des Entsendestaats infolge des Todes einer Person Anspruch hat, von einem Gericht, einer Dienststelle oder Person zur Übermittlung an diesen Staatsangehörigen entgegennehmen. Geldbeträge oder sonstige Vermögenswerte in diesem Sinne umfassen auch Anteile an einem Nachlaß, Zahlungen auf Grund der Sozialversicherungs- oder ähnlicher Gesetze sowie Leistungen aus Lebensversicherungen. Das Gericht, die Dienststelle oder die Person, welche die Verteilung vornimmt, ist nicht verpflichtet, diese Geldbeträge oder sonstigen Vermögenswerte über den Konsul zu leiten; der Konsul ist nicht verpflichtet, sie zur Übermittlung anzunehmen. Nimmt er sie an, so hat er alle Bedingungen zu erfüllen, die durch das Gericht, die Dienststelle oder die Person festgesetzt werden bezüglich der Beibringung eines angemessenen Nachweises über die Aushändigung der Geldbeträge oder sonstigen Vermögenswerte an den Staatsangehörigen, dem sie zu übermitteln sind, und, falls er zu diesem Nachweis außerstande ist, bezüglich der Rückgabe dieser Beträge oder Werte.

Article 27

Without prejudice to the provisions of Articles 21 to 24, a consular officer may receive for transmission to a national of the sending state who is not resident in the territory, from a court, agency or person, money or other property to which such national is entitled as a consequence of the death of any person. Such money or property may include shares in an estate, payments made pursuant to workmen's compensation laws or any similar laws and the proceeds of life insurance policies. The court, agency or person making the distribution shall not be obliged to transmit such money or property through the consular officer, and the consular officer shall not be obliged to receive such money or property for transmission. If he does receive such money or property, he shall comply with any condition laid down by such court, agency or person with regard to furnishing reasonable evidence of the receipt of the money or property by the national to whom it is to be transmitted and with regard to returning the money or property in the event of his being unable to furnish such evidence.

Artikel 28

Geldbeträge oder sonstige Vermögenswerte können auf Grund der Bestimmungen der Artikel 21 bis 24 und 27 einem Konsul nur in dem Umfang und nur unter den Bedingungen ausgezahlt, übergeben oder übertragen werden, wie dies gegenüber der Person, die der Konsul vertritt oder für die er diese Beträge oder Werte entgegennimmt, nach den Rechtsvorschriften des Empfangsstaats zulässig wäre. Der Konsul erwirbt hinsichtlich dieser Beträge oder Werte keine größeren Rechte als die Person, die er vertritt oder für die er die Beträge oder Werte entgegennimmt, erworben hätte, wenn sie ihr unmittelbar ausgezahlt, übergeben oder übertragen worden wären.

Article 28

Money or other property may be paid, delivered or transferred to a consular officer pursuant to the provisions of Articles 21 to 24 and of Article 27 only to the extent that, and subject to the conditions under which, payment, delivery or transfer to the person whom the consular officer represents or on whose behalf he receives the money or property would be permitted under the laws and regulations of the receiving state. The consular officer shall acquire no greater right in respect of any such money or property than the person whom he represents or on whose behalf he receives the money or property would have acquired, if the money or property had been paid, delivered or transferred to such person directly.

TEIL VII

Schiffahrt

Artikel 29

(1) Läuft ein Schiff des Entsendestaats einen Hafen im Empfangsstaat an (d. i. jeder Ort, den ein Schiff erreichen kann), so dürfen der Kapitän und die Mitglieder der Besatzung des Schiffs mit dem zuständigen Konsul in Verbindung treten.

(2) Der Konsul darf die in Artikel 30 aufgezählten Obliegenheiten unbehindert und ohne Einmischung der Behörden des Gebiets wahrnehmen; zur Wahrnehmung dieser Obliegenheiten kann er sich — falls er es wünscht, in Begleitung eines oder mehrerer Konsulatsangehörigen — persönlich an Bord des Schiffs begeben, sobald er die gesundheitspolizeiliche Freigabe (pratique) erhalten hat.

(3) Im Zusammenhang mit der Wahrnehmung dieser Obliegenheiten können sich der Kapitän und die in Frage kommenden Mitglieder der Besatzung nach dem Konsulat begeben, sofern nicht die Behörden des Gebiets deswegen Einwendungen erheben, weil es dem Kapitän und den Besatzungsmitgliedern nicht möglich sein würde, das Schiff vor seiner Abfahrt wieder zu erreichen. Falls die Behörden des Gebiets derartige Einwendungen erheben, teilen sie dies dem Konsul sofort mit.

(4) Der Konsul kann die Unterstützung der Behörden des Gebiets in allen zur Wahrnehmung dieser Obliegenheiten gehörenden Angelegenheiten anrufen; diese gewähren die erforderliche Unterstützung, sofern nicht besondere Gründe vorliegen, welche die Ablehnung im Einzelfall voll und ganz rechtfertigen.

PART VII

Shipping

Article 29

(1) When a vessel of the sending state visits a port (which includes any place to which a vessel may come) in the receiving state, the master and members of the crew of the vessel shall be permitted to communicate with the appropriate consular officer.

(2) A consular officer shall be permitted freely to perform the functions enumerated in Article 30 without interference on the part of the authorities of the territory and, for the purpose of performing any of these functions, may, accompanied, if he so desires, by a consular employee or employees, proceed personally on board the vessel after she has received *pratique*.

(3) In connexion with the performance of these functions the master and appropriate members of the crew may proceed to the consulate, unless the authorities of the territory shall object on the ground that it would not be practicable for the master and members of the crew concerned to rejoin the vessel before her departure. In the event of such objection being made the authorities of the territory shall immediately inform the consular officer.

(4) A consular officer may invoke the assistance of the authorities of the territory in any matter pertaining to the performance of these functions, and they shall give the requisite assistance, unless they have special reasons which would fully warrant refusing it in a particular case.

Artikel 30

(1) Der Konsul kann
- (a) den Kapitän und jedes Besatzungsmitglied eines Schiffs des Entsendestaats befragen, die Schiffspapiere prüfen, Erklärungen über die Reise des Schiffs sowie das Reiseziel entgegennehmen und ganz allgemein das Ein- und Auslaufen des Schiffs erleichtern;
- (b) unbeschadet des Rechts der Gerichtsbehörden des Gebiets, die Gerichtsbarkeit gemäß Artikel 32 Absatz 1 auszuüben, Streitigkeiten zwischen dem Kapitän und Besatzungsmitgliedern — auch über Entlohnung und Dienstverträge — schlichten, die Einstellung und Entlassung des Kapitäns sowie von Besatzungsmitgliedern veranlassen und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin an Bord treffen;
- (c) für die Krankenhausbehandlung und die Heimschaffung des Kapitäns oder eines Besatzungsmitglieds des Schiffs sorgen;
- (d) Erklärungen, Übertragungs- oder sonstige Urkunden entgegennehmen, aufsetzen oder vollziehen, die nach dem Recht des Entsendestaats in bezug auf folgende Vorgänge vorgeschrieben sind:
  - (i) Überschreibung eines Schiffs in das Register des Entsendestaats oder Löschung eines Schiffs im Register;
  - (ii) Überschreibung eines Schiffs im Register von einem Eigentümer auf einen anderen;

Article 30

(1) A consular officer may
- (a) question the master and any member of the crew of a vessel of the sending state, examine the vessel's papers, take statements with regard to the vessel's voyage and her destination and generally facilitate the entry and departure of the vessel;
- (b) without prejudice to any right which the judicial authorities of the territory may possess to take jurisdiction in accordance with the provisions of paragraph (1) of Article 32, settle disputes between the master and any member of the crew, including disputes as to wages and contracts of service, arrange for the engagement and discharge of the master or any member of the crew and take measures for the preservation of good order and discipline on the vessel;
- (c) make arrangements for the treatment in a hospital and the repatriation of the master or any member of the crew of the vessel;
- (d) receive, draw up or execute any declaration, transfer or other document prescribed by the law of the sending state in connexion with
  - (i) the transfer to or the removal from the register of the sending state of any vessel;
  - (ii) the transfer from one owner to another of any vessel on that register;

(iii) Eintragung einer Hypothek oder sonstigen Belastung auf ein solches Schiff;

(iv) Verlust oder Havarie eines solchen Schiffes;

(e) sonstige Maßnahmen zur Durchsetzung der Schiffahrtsgesetze des Entsendestaats treffen.

(2) Ein Konsul oder ein Konsulatsangehöriger kann ferner mit dem Kapitän oder einem Besatzungsmitglied vor den örtlichen Behörden und Gerichten erscheinen, Beistand leisten (einschließlich der Vorsorge für geeigneten Rechtsbeistand) und als Dolmetscher zwischen ihnen und diesen Behörden tätig werden. Diese Rechte dürfen nur vorenthalten werden, wenn es sich um Fragen der nationalen Sicherheit handelt.

Artikel 31

(1) Entweicht ein Schiffsmann von einem Schiff des Entsendestaats in einen Hafen des Empfangsstaats, so sind die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden des Gebiets auf Ersuchen des Konsuls bei der Ergreifung des Entwichenen behilflich, halten ihn bei Nachweis des Entweichens fest und veranlassen seine Überführung an Bord des Schiffs oder seine Übergabe an dessen Kapitän (oder an eine andere Person, die nach dem Recht des Gebiets die Übergabe verlangen kann) zum Zweck der Überführung auf das Schiff.

(2) Die Behörden des Gebiets sind jedoch nicht verpflichtet, Maßnahmen nach Absatz 1 dieses Artikels zu treffen bei einem Schiffsmann,

(a) der Staatsangehöriger des Empfangsstaats ist, oder

(b) bei dem hinreichender Grund zu der Annahme besteht, daß sein Leben oder seine Freiheit aus Gründen der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der politischen Überzeugung oder der Religion in einem Land, welches das Schiff wahrscheinlich anlaufen wird, gefährdet ist.

(3) Wird der Entwichene einer Tat (mit Ausnahme des Entweichens) beschuldigt, die nach dem Recht des Gebiets strafbar ist, oder ist er wegen einer derartigen Straftat verurteilt, so können die genannten Behörden Maßnahmen nach Absatz 1 dieses Artikels auch aussetzen, bis der Entwichene abgeurteilt worden ist und die etwa gegen ihn für die Tat erkannte Strafe verbüßt hat.

Artikel 32

(1) Die Gerichtsbehörden des Gebiets führen keine zivilrechtlichen Verfahren über Streitigkeiten wegen Arbeitsentgelten und Dienstverträgen zwischen dem Kapitän und Besatzungsmitgliedern eines Schiffs des Entsendestaats durch, es sei denn,

(a) daß im Falle der in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebiete alle am Streit beteiligten Parteien zustimmen; und

(b) daß im Falle der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete das Verfahren dem Konsul mitgeteilt worden ist und er keinen Einspruch erhoben hat.

(2) Die Gerichtsbehörden des Gebiets führen — außer auf Ersuchen oder mit Zustimmung des Konsuls — keine Strafverfolgung wegen an Bord des Schiffs begangener Straftaten durch, es sei denn, daß die Straftaten

(a) durch andere Personen als den Kapitän oder ein Mitglied der Besatzung oder zum Nachteil solcher anderer Personen oder durch Staatsangehörige des Empfangsstaats oder zum Nachteil solcher Staatsangehöriger begangen wurden; oder

(iii) the registration of any mortgage or charge on such a vessel;

(iv) the loss of, or average in relation to, such a vessel;

(e) take other measures for the enforcement of the shipping law of the sending state.

(2) In addition, a consular officer or a consular employee may appear with the master or any member of the crew before the local authorities and courts, may afford them his assistance (including the making of arrangements for legal aid) and may act as interpreter in matters between them and these authorities. These rights may be withheld only in cases where questions of national security are involved.

Article 31

(1) If a seaman deserts from a vessel of the sending state in a port of the receiving state, the administrative and judicial authorities of the territory shall, at the request of a consular officer, aid in apprehending the deserter and, on proof of the desertion, detain him and order him to be conveyed on board the vessel or delivered to the master (or such other person as may be entitled under the law of the territory to take delivery of him) to be so conveyed.

(2) The authorities of the territory shall not, however, be obliged to take action as contemplated in paragraph (1) of this Article in respect of a seaman

(a) who is a national of the receiving state; or

(b) in whose case there is reasonable cause for believing that his life or liberty will be endangered, for reasons of race, nationality, political opinion or religion, in any country to which the vessel is likely to go.

(3) The said authorities shall be entitled to suspend such action if the deserter is accused or has been convicted of an offence (other than the desertion) which is cognisable under the law of the territory, until such time as he has been tried and, if convicted, has undergone any punishment which may have been awarded to him for that offence.

Article 32

(1) The judicial authorities of the territory shall not entertain civil proceedings arising out of any dispute between the master and any member of the crew of a vessel of the sending state about wages or any contract of service, unless

(a) in the case of the territories referred to in paragraph (1) of that Article, all parties to the dispute so agree, and

(b) in the case of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43, a consular officer shall have been notified of the proceedings and shall not have raised objection.

(2) Except at the request or with the consent of a consular officer, the judicial authorities of the territory shall not entertain prosecutions in respect of offences committed on board the vessel except offences

(a) by or against any person other than the master or any member of the crew or by or against any national of the receiving state; or

(b) die Ruhe oder Sicherheit des Hafens oder die Gesetze des Gebiets über das Gesundheitswesen, die Zulassung von Ausländern, den Schutz des menschlichen Lebens auf See, das Zollwesen oder ähnliche Sachgebiete berühren; oder

(c) eine schwere Verfehlung im Sinne von Artikel 1 Absatz 9 darstellen.

(3) Die Verwaltungsbehörden des Gebiets greifen in bezug auf Vorkommnisse an Bord des Schiffs nicht ein, es sei denn,

(a) daß eine Person beschuldigt wird, an Bord eine Straftat begangen zu haben, hinsichtlich derer die Gerichtsbehörden des Gebiets gemäß Absatz 2 Buchstaben a, b oder c dieses Artikels ein Strafverfahren durchführen können, oder daß hinreichender Grund zu der Annahme besteht, daß eine derartige Straftat an Bord unmittelbar bevorsteht oder gerade begangen wird oder vollendet worden ist; oder

(b) daß ein Besatzungsmitglied unter den in Absatz 4 Buchstaben a und b niedergelegten Umständen in Haft gehalten wird; oder

(c) daß eine andere Person gegen ihren Willen an Bord festgehalten wird, wobei Einvernehmen darüber besteht, daß die Bestimmungen dieses Buchstabens keine Auslegung zulassen, die dazu bestimmt wäre, volkerrechtswidrige Eingriffe zu rechtfertigen; oder

(d) um eine Maßnahme oder eine Untersuchung auf einem der in Absatz 2 Buchstabe b genannten Sachgebiete durchzuführen; oder

(e) auf Ersuchen oder mit Einwilligung des Konsuls.

(4) Wird ein Besatzungsmitglied wegen eines Disziplinarvergehens auf dem Schiff in Haft gehalten, so werden die Behörden des Gebiets dies nicht als rechtswidrig ansehen, es sei denn,

(a) daß die Haft nach dem Recht des Entsendestaats rechtswidrig oder daß sie ungerechtfertigt streng oder unmenschlich ist; oder

(b) daß hinreichender Grund zu der Annahme besteht, daß das Leben oder die Freiheit des Besatzungsmitglieds aus Gründen der Rasse, der Staatsangehörigkeit, der politischen Überzeugung oder der Religion in einem Land, welches das Schiff wahrscheinlich anlaufen wird, gefährdet ist.

(5) Beabsichtigen die Behörden des Gebiets, zwecks Anwendung dieses Artikels an Bord eines Schiffs eine Person festzunehmen oder zu verhören oder Eigentum zu beschlagnahmen oder eine förmliche Untersuchung einzuleiten, so wird dem Kapitän oder dem in seinem Namen handelnden Offizier Gelegenheit gegeben, den zuständigen Konsul zu verständigen, und zwar — abgesehen von Fällen, in denen dies wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit nicht möglich ist — so rechtzeitig, daß der Konsul oder sein Vertreter zugegen sein kann. War der Konsul weder anwesend noch vertreten, so kann er von den Behörden des Gebiets verlangen, über die Vorgänge vollständig unterrichtet zu werden. Dieser Absatz findet jedoch keine Anwendung auf die üblichen Untersuchungen der Behörden des Gebiets hinsichtlich des Gesundheitswesens, der Zulassung von Aus-

(b) involving the tranquillity or safety of the port or the law of the territory regarding public health, immigration, the safety of life at sea, customs or any similar matter; or

(c) falling within the definition of a grave offence as set out in paragraph (9) of Article 1 of this Convention.

(3) The administrative authorities of the territory shall not intervene in relation to any matter occurring on board the vessel except

(a) where a person has been charged with having committed on board an offence in respect of which the judicial authorities of the territory may, in conformity with sub-paragraph (a), (b) or (c) of paragraph (2) of this Article, entertain a prosecution, or where there is reasonable cause to believe that such an offence is about to be, or is being or has been committed on board; or

(b) where any member of the crew is detained in custody in any of the circumstances specified in sub-paragraph (a) or (b) of paragraph (4) of this Article; or

(c) where any other person is detained on board against his will, it being understood that the provisions of this sub-paragraph shall not be construed so as to authorise any intervention which would be contrary to international law; or

(d) for the purpose of taking any action or making any examination which they consider necessary in relation to any of the matters specified in sub-paragraph (b) of paragraph (2) of this Article; or

(e) at the request or with the consent of a consular officer.

(4) The authorities of the territory shall not treat as unlawful the detention in custody on the vessel of any member of the crew for disciplinary offences, unless

(a) his detention is unlawful under the law of the sending state or is accompanied by unjustifiable severity or inhumanity; or

(b) there is reasonable cause for believing that his life or liberty will be endangered, for reasons of race, nationality, political opinion or religion, in any country to which the vessel is likely to go.

(5) If, for the purpose of taking action in accordance with the foregoing provisions of this Article, it is the intention of the authorities of the territory to arrest or question any person or to seize any property or to institute any formal enquiry on board the vessel, the master or other officer acting on his behalf shall be given an opportunity to inform the appropriate consular officer and, unless this is impossible on account of the urgency of the matter, to inform him in such time as to enable the consular officer or his representative to be present. If the consular officer has not been present or represented, he shall be entitled, on his request, to receive from the authorities of the territory full information with regard to what has taken place. The provisions of this paragraph shall not, however, apply to any routine examination by the authorities of the terri-

ländern und des Zollwesens, oder auf die Festhaltung des Schiffs oder eines Teils seiner Ladung auf Grund zivilrechtlicher Verfahren vor Gerichten des Gebiets.

tory with regard to public health, immigration or customs, nor to the detention of the vessel or of any portion of her cargo arising out of civil proceedings in the courts of the territory.

Artikel 33

(1) Mit Zustimmung des Kapitäns des Schiffs ist der Konsul berechtigt, Schiffe jeder Flagge, deren Bestimmungsort ein Hafen des Entsendestaats ist, zu prüfen, um sich die Angaben zu beschaffen, die erforderlich sind, damit er die nach dem Recht des Entsendestaats für das Anlaufen seiner Häfen vorgeschriebenen Urkunden aufsetzen und ausfertigen und den zuständigen Behörden des Entsendestaats alle von diesen verlangten Angaben über gesundheitliche und sonstige Angelegenheiten machen kann.

(2) Bei der Ausübung der in diesem Artikel vorgesehenen Rechte handelt der Konsul mit möglichster Beschleunigung.

Article 33

(1) Provided that the master of the vessel consents, a consular officer shall have the right to inspect a vessel of any flag destined to a port of the sending state, in order to enable him to procure the necessary information to prepare and execute such documents as may be required by the law of the sending state as a condition of entry of such vessel into its ports, and to furnish the competent authorities of that state with such information with regard to sanitary or other matters as the said authorities may require.

(2) In exercising the right set out in this Article a consular officer shall act with all possible despatch.

Artikel 34

(1) Erleidet ein Schiff des Entsendestaats im Empfangsstaat Schiffbruch, so wird der zuständige Konsul von den Behörden des Gebiets sobald als möglich unterrichtet.

(2) Die Behörden des Gebiets treffen die geeigneten Maßnahmen für die Sicherung des gestrandeten Schiffs, der Personen an Bord, der Ladung und sonstigen Eigentums an Bord, einschließlich der zum Schiff gehörigen oder einen Bestandteil seiner Ladung bildenden Gegenstände, soweit sie vom Schiff getrennt worden sind; die Maßnahmen erstrecken sich auch auf geeignete Vorkehrungen zur Verhütung und Bekämpfung von Plünderungen und Unruhen an Bord des Schiffs.

(3) Hat sich der Schiffbruch in einem Hafen ereignet oder gefährdet das Schiff die Schiffahrt innerhalb der Inlands- oder der Territorialgewässer des Empfangsstaats, so können die Behörden des Gebiets alle Maßnahmen anordnen, die sie für erforderlich halten, um jeden Schaden zu verhüten, der sonst durch das Schiff an den Hafenanlagen oder an anderen Schiffen verursacht werden könnte.

(4) Ist weder der Eigentümer des gestrandeten Schiffs noch sein Vertreter (oder der betroffene Versicherer) noch der Kapitän in der Lage, Anordnungen zu treffen, so gilt der Konsul als ermächtigt, für die Sicherung und Verwertung des Schiffs die Maßnahmen zu treffen, die der Eigentümer im Falle seiner Anwesenheit selbst treffen könnte; das gleiche gilt für alle zum Schiff gehörigen oder einen Bestandteil von ihm bildenden Gegenstände, die an oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaats aufgefunden werden oder in einen seiner Häfen gelangen. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten auch für Gegenstände, die zur Ladung des Schiffs gehören, oder einen Bestandteil davon bilden, sofern die Ladung einem Staatsangehörigen des Entsendestaats gehört.

(5) Die Behörden des Gebiets erheben keine Abgaben im Zusammenhang mit dem gestrandeten Schiff, seiner Ladung oder anderem Eigentum an Bord, die nicht in gleicher Art und Höhe unter ähnlichen Umständen auf Schiffe oder im Zusammenhang mit Schiffen des Empfangsstaats erhoben werden würden.

(6) Die Behörden des Gebiets sind durch die Bestimmungen des vorausgehenden Absatzes nicht gehindert, Zollabgaben oder sonstige Abgaben für die Einfuhr oder auf Grund der Einfuhr von Waren in das Gebiet auf die Ausrüstung und Einrichtung des Schiffs, seine Ladung, seine Vorräte oder sonstige Gegenstände an Bord zu er-

Article 34

(1) If a vessel of the sending state is wrecked in the receiving state, the appropriate consular officer shall be informed as soon as possible by the authorities of the territory of the occurrence of the wreck.

(2) The authorities of the territory shall take all practicable measures for the preservation of the wrecked vessel, of the lives of persons on board and of the cargo and other property on board, together with articles belonging to the vessel or forming part of her cargo which have become separated from the vessel, and for the prevention and suppression of plunder or disorder on the vessel.

(3) If the vessel is wrecked within a port or constitutes a navigational hazard within the internal or territorial waters of the receiving state, the authorities of the territory may order any measures to be taken which they consider necessary with a view to avoiding any damage that might otherwise be caused by the vessel to the facilities of the port or to other vessels.

(4) If neither the owner of the wrecked vessel, his agent (or the underwriters concerned) nor the master is in a position to make arrangements, a consular officer shall be deemed to be authorised to make, as agent of the owner, the same arrangements as the owner himself could have made, if he had been present, for the custody and disposal of the vessel and of any articles, belonging to or forming part thereof, which are found on or near the coast of the receiving state or are brought into any port of that state. The provisions of this paragraph shall also extend to articles, belonging to or forming part of the cargo of the wrecked vessel, provided that the said cargo is owned by a national of the sending state.

(5) No charge shall be levied by the authorities of the territory in connexion with the wrecked vessel, her cargo or other property on board, other than charges of the same kind and amount as would be levied in similar circumstances upon or in connexion with a vessel of the receiving state.

(6) The provisions of the preceding paragraph shall not, however, preclude the authorities of the territory from levying any customs duty or other tax or charge, leviable upon or by reason of the importation of goods into the territory, on the equipment and fittings, cargo, stores or other articles on board, carried by or form-

heben, die auf dem gestrandeten Schiff mitgeführt werden oder einen Bestandteil von ihm bilden, sofern diese Gegenstände zur Verwendung oder zum Verbrauch im Gebiet an Land gelangen. Die genannten Behörden können darüber hinaus nach ihrem Ermessen Sicherheitsleistung für etwaige Abgaben auf Güter der genannten Art fordern, wenn diese Güter vorübergehend in dem Gebiet eingelagert werden.

ing part of the wrecked vessel, if they are brought ashore for use or consumption in the territory. They may also, if they think fit, require security for the protection of the revenue in relation to such goods temporarily stored in the territory.

Artikel 35

Werden Gegenstände, die zur Ladung eines gestrandeten Schiffs gleich welcher Flagge (ausgenommen Schiffe des Empfangsstaats oder Entsendestaats) gehören oder einen Bestandteil dieser Ladung bilden, an oder in der Nähe der Küste des Empfangsstaats gefunden oder gelangen sie in einen Hafen dieses Staats, so gilt der Konsul als ermächtigt, alle Anordnungen, die der Eigentümer im Falle seiner Anwesenheit selbst hätte treffen können, für die Sicherstellung oder Verwertung dieser Gegenstände zu treffen, sofern die Ladung einem Staatsangehörigen des Entsendestaats gehört.

Article 35

Where any articles belonging to or forming part of the cargo of a wrecked vessel of any flag (not being a vessel of the sending state or of the receiving state) are found on or near the coast of the receiving state or are brought into any port of that state, a consular officer shall be deemed to be authorised to make, as agent of the owner of the articles, such arrangements as the owner himself could have made, if he had been present, for their custody and disposal, provided that the cargo is owned by a national of the sending state.

Artikel 36

(1) Stirbt der Kapitän oder ein Besatzungsmitglied eines Schiffs des Empfangsstaats, der Staatsangehöriger des Entsendestaats und nicht des Empfangsstaats ist, in irgendeinem Staat an Bord oder an Land, so übermittelt die zuständige Behörde des Empfangsstaats dem Konsul unverzüglich Abschriften der Belege, die sie über Arbeitsentgelte und persönliche Habe des verstorbenen Kapitäns oder Besatzungsmitglieds (im folgenden als „Verstorbener" bezeichnet) etwa erhalten hat, ebenso alle Einzelheiten, die ihr zur Verfügung stehen und die geeignet sind, die Ermittlung der nach dem Verstorbenen erbberechtigten Personen zu erleichtern.

(2) Übersteigt der Wert des Arbeitsentgelts und der persönlichen Habe des Verstorbenen zusammen mit seinem etwaigen übrigen Vermögen, das in die Verfügungsgewalt der zuständigen Behörden gelangt, nicht einen Betrag, der von den Hohen Vertragschließenden Parteien in beiderseitigem Einvernehmen festgesetzt wird, so händigt diese Behörde das Arbeitsentgelt sowie die persönliche Habe und das sonstige in ihrer Verfügungsgewalt befindliche Vermögen des Verstorbenen (im folgenden als „Vermögenswerte" bezeichnet) dem Konsul aus. Der Betrag darf jedoch für die in Artikel 43 Absatz 1 genannten Gebiete 5000 Deutsche Mark oder für die in Artikel 43 Absatz 2 genannten Gebiete 100 £ nicht übersteigen.

(3) Vor Aushändigung der Vermögenswerte ist die zuständige Behörde jedoch berechtigt,

(a) aus dem Vermögen alle Nachlaßforderungen von Personen mit Wohnsitz außerhalb des Entsendestaats zu befriedigen, die sie für begründet hält, und

(b) sich vor der Aushändigung davon zu überzeugen, daß eine Person, die nach dem Verstorbenen erbberechtigt ist, mit Wohnsitz im Entsendestaat vorhanden ist; konnte sich die Behörde diese Überzeugung nicht verschaffen, so benachrichtigt sie, vor der Aushändigung der Vermögenswerte an irgendeine Person, die als nach dem Verstorbenen erbberechtigt betrachtet wird, den Konsul, und zwar unter Angabe der Person, der die Vermögenswerte ausgefolgt werden sollen. Der Konsul muß ausreichende Gelegenheit zu näheren Angaben behalten, einschließlich von Mitteilungen über das Vorhan-

Article 36

(1) The competent authority of the receiving state shall, if the master or any member of the crew of a vessel of that state, being a national of the sending state and not being a national of the receiving state, dies afloat or ashore in any country, promptly transmit to the appropriate consular officer copies of the accounts which may be received by it with respect to the wages and effects of the deceased master or seaman (hereinafter referred to as "the deceased"), together with any particulars at its disposal likely to facilitate the tracing of persons legally entitled to succeed to his property.

(2) In any case where the value of the wages and effects of the deceased, together with any other property of his which comes into the control of the competent authority, does not exceed a sum to be fixed by mutual agreement between the High Contracting Parties, the said authority shall deliver the wages, effects and property of the deceased under its control (hereinafter referred to as "the assets") to the consular officer. Such sum shall not, however, exceed 5,000 DM in relation to the territories referred to in paragraph (1) of Article 43 or £ 100 sterling in relation to the territories referred to in paragraph (2) of that Article.

(3) However, before so delivering the assets, the competent authority shall have the right

(a) to meet out of the assets any claim against the estate of the deceased of any person resident elsewhere than in the sending state which it considers to be legally due; and

(b) to satisfy itself that there is some person resident in the sending state entitled to succeed to the property of the deceased; if the authority is not so satisfied, it shall, before delivering the assets to any person considered to be entitled to succeed to the property of the deceased, give notice to the consular officer, stating the person to whom it is proposed to deliver them, in order to give the consular officer a reasonable opportunity to furnish information, including information regarding the existence of other claims on the estate of which the competent authority may be una-

densein anderer, der zuständigen Behörde unbekannter Ansprüche auf den Nachlaß, die für die endgültige Bestimmung der Person des Empfangsberechtigten von Bedeutung sein können.

(4) Alle Ansprüche gegen den Nachlaß des Verstorbenen, die bei der zuständigen Behörde des Empfangsstaats nach der Aushändigung der Vermögenswerte an den Konsul angemeldet werden, sind an ihn, gegebenenfalls zur Weiterleitung an die zuständige Stelle des Entsendestaats, zu verweisen.

(5) Die Absätze 2, 3 und 4 dieses Artikels finden auf Nachlässe, für die eine Vertretungsgenehmigung (grant of representation) eines Gerichts im Empfangsstaat erforderlich ist, keine Anwendung, wenn die zuständige Behörde die in ihrer Verfügungsgewalt befindlichen Vermögenswerte einer Person aushändigt, die eine solche Genehmigung erhalten hat. Ist der Empfänger einer Vertretungsgenehmigung der vorerwähnten Art eine andere Person als der Konsul, so unterrichtet die zuständige Behörde den Konsul darüber in geeigneter Weise.

(6) Der Ausdruck „zuständige Behörde" bedeutet

(a) für die in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebiete: das zuständige Seemannsamt, außer im letzten Satz des Absatzes 4 dieses Artikels; in diesem Falle ist der Bundesminister für Verkehr zuständig;

(b) für die in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete: den Minister für Verkehr und Zivilluftfahrt (Minister of Transport and Civil Aviation) des Vereinigten Königreichs.

ware and which may be relevant for the final decision as to the person entitled to receive the assets.

(4) Any claim against the estate of the deceased which is received by the competent authority of the receiving state after delivery of the assets to the consular officer shall be referred to him for transmission, where necessary, to the competent authority of the sending state.

(5) The provisions of paragraphs (2), (3) and (4) of this Article shall not apply in the case of any estate where, a grant of representation from a court in the receiving state being required, the competent authority delivers the assets under its control to a person who has obtained such a grant. However, in any case where the recipient of such a grant is some person other than the consular officer, the competent authority shall inform the consular officer accordingly.

(6) The expression "competent authority" shall denote

(a) in relation to the territories referred to in paragraph (1) of that Article, the appropriate Seaman's Office (Seemannsamt), except for the purpose of paragraph (4) of this Article, where it shall denote the Federal Minister of Transport (Bundesminister für Verkehr).

(b) in relation to the territories referred to in paragraph (2) of Article 43, the Minister of Transport and Civil Aviation of the United Kingdom;

TEIL VIII

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 37

(1) Als amtlicher Vertreter des Entsendestaats hat der Konsul Anspruch auf die besondere Achtung und Rücksichtnahme aller Beamten des Empfangsstaats, mit denen er in amtlicher Eigenschaft verkehrt.

(2) Ferner trifft der Empfangsstaat alle angemessenen Maßnahmen, um den Schutz des Konsulats sowie des Lebens und der Sicherheit des gesamten konsularischen Personals zu gewährleisten. (Im Sinne dieses Absatzes umfaßt der Ausdruck „Konsulat" alle Liegenschaften, die der Entsendestaat für einen der in Artikel 7 Absatz 1 genannten Zwecke innehat oder besitzt, und der Ausdruck „gesamtes konsularisches Personal" alle Konsuln und Konsulatsangehörigen, welche die Voraussetzungen des Artikels 16 Absatz 4 erfüllen sowie ihre Ehefrauen und sonstigen Familienmitglieder, die zu ihrem Haushalt gehören).

Artikel 38

Die Bestimmungen der Artikel 17 bis 36 über die Aufgaben eines Konsuls sind nicht erschöpfend. Einem Konsul ist auch gestattet, in seiner konsularischen Eigenschaft andere Aufgaben wahrzunehmen, sofern sie

(a) mit dem Völkerrecht oder der in dem Gebiet anerkannten internationalen Übung in bezug auf Konsuln in Einklang stehen oder

(b) nicht gegen das Recht des Gebiets verstoßen und die Behörden des Gebiets keine Einwendungen erheben.

PART VIII

General Provisions

Article 37

(1) A consular officer, as an official agent of the sending state, shall be entitled to special respect and to the high consideration of all officials of the receiving state with whom he has official intercourse.

(2) In addition, the receiving state shall take all appropriate measures to ensure the protection of the consulates (which term, for the purposes of this paragraph, shall be deemed to include all premises held or occupied by the sending state for any of the purposes specified in paragraph (1) of Article 7) and of the lives and safety of all consular personnel (which term, for the purposes of this paragraph, shall be deemed to include all consular officers and employees fulfilling the conditions specified in paragraph (4) of Article 16, together with their wives and families forming part of their households).

Article 38

The provisions of Articles 17 to 36, specifying the functions which a consular officer may perform, are not exhaustive. A consular officer shall also be permitted in his consular capacity to perform other functions, provided that

(a) they are in accordance with international law or practice relating to consular officers as recognised in the territory; or

(b) they involve no conflict with the law of the territory and the authorities of the territory raise no objection to them.

Artikel 39

Es besteht Einvernehmen darüber, daß der Entsendestaat bestimmt, ob und in welchem Umfang der Konsul von den ihm nach diesem Vertrag zustehenden Befugnissen Gebrauch macht.

Artikel 40

Ein Konsul kann die Gebühren erheben, die vom Entsendestaat für konsularische Dienstleistungen vorgeschrieben sind.

TEIL IX

Schlußbestimmungen

Artikel 41

(1) Streitigkeiten zwischen den Hohen Vertragschließenden Parteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags, einschließlich der ihm beigefügten Protokolle und Noten, die nicht auf diplomatischem Wege beigelegt werden können, werden,

(a) wenn beide Hohen Vertragschließenden Parteien damit einverstanden sind, dem Internationalen Gerichtshof,

(b) andernfalls auf Antrag einer Hohen Vertragschließenden Partei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(2) (a) Das Schiedsgericht besteht jeweils aus drei Schiedsrichtern. Jede Hohe Vertragschließende Partei bestellt einen Schiedsrichter, und die beiden so bestellten Schiedsrichter bestellen, bevor sie die Schiedssache aufnehmen, einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staats sein muß.

(b) Jede Hohe Vertragschließende Partei benennt ihren Schiedsrichter binnen zwei Monaten nach Eingang eines dahingehenden Antrags der anderen Hohen Vertragschließenden Partei; kommt sie dieser Verpflichtung nicht nach, so wird ihr Schiedsrichter auf Antrag der anderen Hohen Vertragschließenden Partei von dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bestellt.

(c) Können sich die Schiedsrichter nicht binnen einem Monat nach ihrer Bestellung durch die Hohen Vertragschließenden Parteien oder durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs über den Obmann einigen, so wird der Obmann auf Antrag einer der Hohen Vertragschließenden Parteien durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bestellt.

(d) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofs verhindert, einem Antrag nach Buchstaben b oder c dieses Absatzes zu entsprechen, oder ist er Staatsangehöriger einer der Hohen Vertragschließenden Parteien, so wird die Bestellung durch den Vizepräsidenten vollzogen. Ist auch der Vizepräsident verhindert, oder Staatsangehöriger einer der Hohen Vertragschließenden Parteien, so erfolgt die Bestellung durch das älteste erreichbare Mitglied des Gerichts, das nicht Staatsangehöriger einer der Hohen Vertragschließenden Parteien ist.

(e) Das Schiedsgericht bestimmt, soweit die Hohen Vertragschließenden Parteien nicht etwas anderes vereinbaren, seine Verfahrensordnung selbst.

(f) Das Schiedsgericht entscheidet, falls Einstimmigkeit nicht erzielt werden kann, mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidung ist für die Hohen Vertragschließenden Parteien bindend.

Article 39

It is understood that, where any provision of this Convention gives a right to perform a function, it is for the sending state to determine whether and to what extent a consular officer shall exercise the said right.

Article 40

A consular officer may levy the fees prescribed by the sending state for the performance of consular services.

PART IX

Final Provisions

Article 41

(1) Any dispute between the High Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, together with all Protocols and Exchanges of Notes appended thereto, which cannot be settled through the diplomatic channel shall be submitted,

(a) with the agreement of both High Contracting Parties, to the International Court of Justice; or,

(b) in the absence of such agreement and at the request of either High Contracting Party, to an arbitral tribunal.

(2) (a) The arbitral tribunal shall, in any particular case, consist of three arbitrators. Each High Contracting Party shall choose one arbitrator, and the two arbitrators so chosen shall, before proceeding to arbitration, choose a chairman, who shall be a national of a third state.

(b) Each High Contracting Party shall nominate its own arbitrator within two months after the delivery of a request so to do by the other High Contracting Party, failing which its arbitrator shall, at the request of the other High Contracting Party, be appointed by the President of the International Court of Justice.

(c) In the event of the arbitrators failing to agree upon the Chairman within one month after being nominated by the High Contracting Parties or appointed by the President of the International Court of Justice, as the case may be, the Chairman shall, at the request of either High Contracting Party, be appointed by the President of the International Court of Justice.

(d) If the President of the International Court of Justice, when requested to make an appointment in accordance with sub-paragraph (b) or (c) of this paragraph, is prevented from acting or is a national of either High Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President. If the Vice-President is likewise prevented from acting or is a national of either High Contracting Party, the appointment shall be made by the oldest available member of the Court who is not a national of either High Contracting Party.

(e) Unless the High Contracting Parties otherwise agree, the tribunal shall determine its own rules of procedure.

(f) The tribunal shall, failing unanimity, decide the dispute by a majority vote. Its decision shall be binding upon the High Contracting Parties.

Artikel 42

(1) Jede Hohe Vertragschließende Partei teilt der anderen Partei vor Inkrafttreten dieses Vertrags auf diplomatischem Wege schriftlich mit, welche Teile ihrer Gebiete als Gebietseinheiten im Sinne aller oder einiger Artikel des Vertrags anzusehen sind, und im letzteren Fall, für welche Artikel dies gilt.

(2) Jede Hohe Vertragschließende Partei kann der anderen durch eine oder mehrere weitere schriftliche Mitteilungen ihren Entschluß zur Kenntnis bringen, die früher mitgeteilte Regelung zu ändern; jede derartige Mitteilung wird sechs Monate nach dem Tag ihres Eingangs bei der anderen Hohen Vertragschließenden Partei wirksam.

Artikel 43

Dieser Vertrag findet Anwendung

(1) seitens der Bundesrepublik Deutschland auf die Bundesrepublik Deutschland; und

(2) seitens Ihrer Majestät auf das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie auf alle Gebiete, für deren internationale Beziehungen Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich verantwortlich ist.

Artikel 44

Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden in London ausgetauscht. Der Vertrag tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und bleibt noch sechs Monate lang nach dem Tag in Kraft, an dem eine der Hohen Vertragschließenden Parteien ihn der anderen gegenüber gekündigt hat.

ZU URKUND DESSEN haben die eingangs genannten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 42

(1) Each High Contracting Party shall, before the entry into force of this Convention, inform the other by notification in writing through the diplomatic channel which parts of its territories are to be regarded as territorial units for the purpose of all or some of the Articles of the Convention, and, in the latter case, for the purposes of which Articles they are to be so regarded.

(2) Either High Contracting Party may, by a further notification or notifications in writing, inform the other of its decision to modify the arrangements previously notified and any such notification shall take effect six months after the date of its receipt by the latter High Contracting Party.

Article 43

This Convention applies

(1) on the part of the Federal Republic of Germany, to the Federal Republic of Germany;

(2) on the part of Her Majesty, to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and to all territories for whose international relations Her Government in the United Kingdom are responsible.

Article 44

This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged in London. The Convention shall enter into force on the thirtieth day after the date of exchange of the instruments of ratification and shall continue in force until six months from the date on which either High Contracting Party shall have given to the other notice of termination.

IN WITNESS WHEREOF, the above-mentioned Plenipotentiaries have signed this Convention and affixed thereto their seals.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:

For the President of the Federal Republic of Germany:

von Brentano

Für Ihre Majestät:

For Her Majesty:

FR. Hoyer Millar

Unterzeichnungsprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Konsularvertrags vom heutigen Tag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland erklären die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten:

Die Hohen Vertragschließenden Parteien wünschen protokollarisch festzulegen, daß nach ihrer Auffassung im Falle eines Krieges oder des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen die folgenden Grundsätze nach allgemeinem Völkerrecht für Konsulate und Konsuln gelten:

1. Im Falle eines Krieges oder des Abbruchs der Beziehungen zwischen zwei Staaten ist jeder der beiden Staaten berechtigt, die Schließung sämtlicher oder einzelner Konsulate des anderen Staats in seinem Gebiet zu verlangen Er ist auch berechtigt, alle oder einzelne Konsulate des anderen Staats zu schließen, die sich im Gebiet eines dritten Staats befinden, das von ihm militärisch besetzt wird.

2. Im Falle der Schließung sämtlicher oder einzelner Konsulate des einen Staats im Gebiet eines anderen Staats oder im Gebiet eines dritten Staats, das von dem letzteren Staat militärisch besetzt wird, wird den Konsuln (einschließlich der Wahlkonsuln) und Konsulatsangehörigen des ersteren Staats, welche Staatsangehörige dieses Staats und nicht auch des anderen Staats sind, samt ihren Familienmitgliedern angemessene Zeit und geeignete Gelegenheit gegeben, das Gebiet zu verlassen und in ihr Heimatland zurückzukehren, vorausgesetzt, daß ihre Namen auf dem vorschriftsmäßigen Wege ordnungsgemäß mitgeteilt wurden. Es wird ihnen rücksichtsvolle Behandlung und Schutz bis zum Augenblick der Abreise gewährt, die innerhalb einer angemessenen Frist stattfinden soll, und es wird ihnen gestattet, ihre Archive und amtlichen Schriftstücke sowie ihre persönliche Habe und ihr Mobiliar mitzunehmen oder, wenn sie dies vorziehen, in dem Gebiet in sichere Verwahrung zu geben. Im einen wie im anderen Falle sind ihre Archive und amtlichen Schriftstücke unverletzlich, und zum Schutz ihrer persönlichen Habe und Möbel werden die erforderlichen Maßnahmen getroffen.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protocol of Signature

At the time of signing the Consular Convention of this day's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the undersigned, being duly authorised thereto, declare as follows:

The High Contracting Parties wish to place on record that in their view the following principles are applicable to consulates and consular officers under the general law of nations in the event of war or of the rupture of diplomatic relations:

(1) In the event of war or of the rupture of relations between two states, either state shall be entitled to demand the closure of all or any of the consulates of the other state in its territory. It shall also be entitled to close all or any such consulates of the latter state as are situated in any territory of a third state which comes under its military occupation.

(2) In the event of the closure of all or any of the consulates of one state in the territory of another state or in any territory of a third state which comes under the military occupation of the latter state, the consular officers (including honorary consular officers) and consular employees concerned of the former state who are nationals of that state and are not nationals of the latter state, provided that their names have been duly notified through the appropriate channel, together with all members of their families, shall be given reasonable time and proper facilities to leave the territory for their own country. They shall be afforded considerate treatment and protection until the moment of their departure, which shall take place within a reasonable period, and they shall be permitted to take with them their archives and official papers, together with their personal effects and furniture, or, if they so prefer, to deposit such documents and articles in safe custody in the territory. In either case their archives and official papers shall be inviolable and all practicable steps shall be taken to safeguard their personal effects and furniture.

IN WITNESS WHEREOF, the respective Plenipotentiaries have signed this Protocol and affixed thereto their seals.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:

For the President of the Federal Republic of Germany:

von Brentano

Für Ihre Majestät:

For Her Majesty:

FR. Hoyer Millar

Zweites Unterzeichnungsprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Konsularvertrags vom heutigen Tag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland sind die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten wie folgt übereingekommen:

1. Eine Zulassung zur Betätigung als Konsul im Sinne des Ausdrucks „sonstige Zulassung" in Artikel 1 Absatz 6 gilt als erteilt, wenn die zuständige Behörde des Gebiets gemäß Artikel 3 Absatz 1 eine schriftliche Mitteilung erhalten und nicht binnen einem Monat nach Zugang der Mitteilung Einwendungen erhoben hat.

2. Die Bestimmungen der Artikel 14 und 15 des Konsularvertrags
   (a) lassen einen Anspruch auf Steuerbefreiung unberührt, der erhoben wird auf Grund des am 18. August 1954 in London unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen;
   (b) berechtigen einen Konsul einer der Hohen Vertragschließenden Parteien nicht, Befreiung zu beanspruchen von einer Rechtsvorschrift des Gebiets, in dem das Konsulat gelegen ist, wonach Arbeitgeber Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge für ihre Arbeitnehmer einbehalten und an die zuständige Behörde des Empfangsstaats überweisen müssen.

3. In Anbetracht des besonderen Charakters der auf Grund des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1955 erhobenen Beförderungsteuer berechtigt Artikel 14 Absatz 2 oder Artikel 15 einen Konsul oder Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs nicht, Befreiung von dieser Steuer zu beanspruchen.

4. Die Hohen Vertragschließenden Parteien behalten sich vor, im Rahmen der Rechtsvorschriften des Gebiets Befreiung von der Steuerpflicht gemäß Artikel 15 Absatz 1 auch einem Konsul oder Konsulatsangehörigen zu gewähren, der lediglich eine der beiden Voraussetzungen des Artikels 15 Absatz 4 Buchstabe a erfüllt.

5. Zu Artikel 16 Absatz 1 und 2:
   (a) Wird ein Land-, Wasser- oder Luftfahrzeug veräußert, das unter Befreiung von den sonst bei oder auf Grund der Einfuhr erhobenen Steuern oder Zöllen eingeführt worden ist, so berechtigt die Vorschrift in Absatz 1 oder 2 eine Hohe Vertragschließende Partei oder einen Konsul oder Konsulatsangehörigen dieser Partei nicht, Befreiung zu beanspruchen von diesen Steuern oder Zöllen, soweit sie nunmehr auf Grund der Rechtsvorschriften des Gebiets zahlbar werden, es sei denn, daß die andere Partei des Rechtsgeschäfts auf Grund dieses Vertrags oder aus anderem Grund ebenfalls auf Befreiung von diesen Steuern oder Zöllen Anspruch hat und daß alle in dem Gebiet vorgeschriebenen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind; jede Hohe Vertragschließende

Second Protocol of Signature

At the time of signing the Consular Convention of this day's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the undersigned, being duly authorised thereto, have agreed as follows:

(1) With regard to paragraph (6) of Article 1 an authorisation to act in the capacity of a consular officer, within the meaning of the expression "other authorisation", shall be deemed to have been given, when notification has been made to the appropriate authorities of the territory in pursuance of paragraph (1) of Article 3 and the said authorities have not raised objection within one month from the receipt of such notification.

(2) Nothing in the provisions of Article 14 or of Article 15 of the Consular Convention
   (a) shall prejudice any claim for exemption from taxation which could be made under the Convention for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, signed in London on the 18th of August, 1954;
   (b) shall entitle any consular officer of either High Contracting Party to claim exemption from any statutory regulation of the territory in which the consulate is situated requiring an employer to deduct income tax (Lohnsteuer) and social insurance contributions on behalf of any member of his staff and to pay the amount in question to the competent authority of the receiving state.

(3) Having regard to the special nature of transportation tax (Beförderungsteuer) as imposed by virtue of the Federal Law of the 13th of June, 1955, the provisions of paragraph (2) of Article 14 or of Article 15 shall not entitle any consular officer or employee of the United Kingdom to claim exemption from the said tax.

(4) The High Contracting Parties reserve the liberty to accord, to the extent permitted by the law of the territory, the exemption from liability to taxation conferred by paragraph (1) of Article 15 to any consular officer or employee who fulfils only one of the two conditions specified in sub-paragraph (a) of paragraph (4) of that Article.

(5) With regard to paragraphs (1) and (2) of Article 16,
   (a) in the event of the disposal of a vehicle, vessel or aircraft, imported into the territory free of all taxes or duties imposed upon or by reason of importation, the provisions of the said paragraphs shall not entitle either High Contracting Party or any consular officer or employee to claim exemption from any such taxes or duties as may become payable in conformity with the law of the territory, unless the other party to the transaction is also entitled under this Convention, or otherwise, to exemption from such taxes or duties and unless all conditions prescribed by the law of the territory have been complied with; each High Contracting Party reserves the right to apply this interpretation, *mutatis mutandis*, in respect of the disposal of household effects or other articles,

Partei behält sich das Recht vor, diese Auslegung sinngemäß auf die Veräußerung von Haushaltsgegenständen und anderen Sachen anzuwenden, die einen erheblichen Wert haben und unter Befreiung von den Steuern oder Zöllen, die sonst bei oder auf Grund einer Einfuhr erhoben werden, in das Gebiet eingeführt worden sind.

(b) Das Verfahren, das für die Beschaffung von abgabenfreiem Fahrbenzin für diplomatische Zwecke des Entsendestaats oder für Diplomaten angewandt wird, gilt auch für Fahrbenzin, das für konsularische Zwecke dieses Staats oder für einen Konsul oder Konsulatsangehörigen benötigt wird.

similarly imported into the territory free of all taxes or duties imposed upon or by reason of importation and having a substantial value;

(b) the same modalities as are applicable in respect of the supply of petrol free of taxes or duties for the diplomatic purposes of the sending state or for the purposes of a diplomatic officer, as the case may be, shall be applied in respect of petrol required for the consular purposes of that state or for the purposes of a consular officer or employee, as the case may be.

6. In den Artikeln 9, 11, 14, 15 und 16

(a) umfaßt der Ausdruck „Staatsangehöriger des Entsendestaats" in bezug auf einen Konsul oder Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs jeden britischen Untertan (auch wenn seine Rechtsstellung als solche nicht auf seiner Verbindung mit einem der in Artikel 43 Absatz 2 des Vertrags bezeichneten Gebieten beruht) sowie jeden Staatsbürger der Irischen Republik;

(b) ist der Ausdruck „ihren gewöhnlichen Aufenthalt in dem Gebiet haben" nicht anwendbar auf einen Konsul oder Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs, der vorher im Dienst eines Staats — mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland — oder einer Staatengruppe oder einer internationalen Organisation in einem der in Artikel 43 Absatz 2 bezeichneten Gebiete in amtlicher Eigenschaft tätig war.

(6) With regard to Articles 9, 11, 14, 15 and 16,

(a) the expression "national of the sending state" shall be regarded as including, in so far as concerns any consular officer or employee of the United Kingdom, any person who is a British subject (irrespective of whether he derives his status as such from connexion with one of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43) or who is a citizen of the Irish Republic;

(b) the expression "ordinarily resident in the territory" shall not be regarded as applicable to any consular officer or employee of the United Kingdom who was previously in official employment in any of the territories referred to in paragraph (2) of Article 43 in the service of any state (other than the Federal Republic of Germany) or group of states or international organisation.

7. Zu Artikel 11 Absatz 4:

(a) Die Vorschriften des Gebiets über Pflichtversicherung gegen Haftpflicht werden durch Satz 1 des genannten Absatzes nicht berührt.

(b) Die Verpflichtung zur Versicherung gegen Haftpflicht erstreckt sich nicht auf Ruderboote, kleine Segelboote oder kleine Motorboote.

(7) With regard to paragraph (4) of Article 11,

(a) the law of the territory providing for compulsory insurance against third party risks shall not be affected by the provisions of the first sentence of of the said paragraph;

(b) the obligation to take up such insurance shall not be applicable in respect of any rowing boat, small yacht or small motor-boat.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

IN WITNESS WHEREOF, the respective Plenipotentiaries have signed this Protocol and affixed thereto their seals.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:

For the President of the Federal Republic of Germany:

von Brentano

Für Ihre Majestät:

For Her Majesty:

FR. Hoyer Millar

Drittes Unterzeichnungsprotokoll

Bei der Unterzeichnung des Konsularvertrags vom heutigen Tag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland erklären die hierzu gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten:

1. Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags findet, soweit der Erwerb von Grundstücken zu vollem Eigentum in Frage steht, keine Anwendung auf
   (a) die Insel Jersey und
   (b) irgendein anderes der in Artikel 43 Absatz 2 genannten Gebiete, wo der Erwerb von Grundstükken zu vollem Eigentum nach dem z. Z. geltenden Recht auf die eingesessene Bevölkerung beschränkt ist,

   solange die Regierung des Vereinigten Königreichs der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht mitgeteilt hat, daß das Recht der Insel Jersey oder eines anderen in Frage stehenden Gebiets geändert worden ist, so daß die obengenannte Vorschrift in vollem Umfang zur Anwendung gelangen kann.
2. Im Sinne von Absatz 1 des Artikels 43 gilt der Vertrag auch im Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.
3. Artikel 12 und Artikel 32 Absatz 2 finden erst mit mit dem Tage Anwendung, an dem jede Hohe Vertragschließende Partei dies der anderen schriftlich mitteilt.
4. Macht eine der Hohen Vertragschließenden Parteien zur Erweiterung von Artikel 32 dieses Vertrags Vorschläge für die Begrenzung der Gerichtsbarkeit des Küstenstaats über bestimmte Arten von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, die Angelegenheiten an Bord von Schiffen betreffen, so wird die andere Hohe Vertragschließende Partei diese Vorschläge in wohlwollendem Sinne prüfen.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 30. Juli 1956 in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Third Protocol of Signature

At the time of signing the Consular Convention of this day's date between the Federal Republic of Germany and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the undersigned, being duly authorised thereto, have agreed as follows:

(1) The provisions of paragraph (1) of Article 7, in so far as they relate to the acquisition of land in full ownership, shall not apply to
   (a) the Island of Jersey; or
   (b) any of the territories, referred to in paragraph (2) of Article 43, where under the law at present in force the acquisition of land in full ownership is restricted to the indigenous inhabitants of the territory in question;

   unless and until the Government of the United Kingdom shall have caused the Government of the Federal Republic of Germany to be notified that the law of the Island of Jersey or of any such territory, as the case may be, has been amended to permit of effect being given to the said provisions.

(2) With reference to paragraph (1) of Article 43, the Convention shall also apply in Land Berlin, unless the Government of the Federal Republic of Germany shall make a declaration to the contrary to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland within three months from the date of the entry into force of the Convention.

(3) The provisions of Article 12 and of paragraph (2) of Article 32 shall not come into operation until such time as each High Contracting Party shall have given notice to this effect to the other.

(4) If either High Contracting Party shall put forward to the other, in amplification of Article 32, proposals for limiting the exercise of jurisdiction by the littoral state over certain categories of civil disputes in regard to matters occurring on shipboard, the other party shall give sympathetic consideration to such proposals.

IN WITNESS WHEREOF, the respective Plenipotentiaries have signed this Protocol and affixed thereto their seals.

DONE, in duplicate, at Bonn, this 30th day of July 1956, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:

For the President of the Federal Republic of Germany:

von Brentano

Für Ihre Majestät:

For Her Majesty:

FR. Hoyer Millar

Notenwechsel

British Embassy, Bonn, July 30, 1956.

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany,
Herrn Dr. von Brentano,
Bonn

Your Excellency,

I have the honour, upon the instructions of Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to invite reference to Articles 13, 14, 15 and 16 of the Consular Convention of to-day's date between our two countries, which regulate the treatment as regards fiscal matters of the consulates and consular officers and employees of the respective High Contracting Parties in each other's territories.

Notwithstanding the terms of Article 44 of the Convention, which provides that the Convention shall be subject to ratification and shall not enter into force until the thirtieth day after the date of the exchange of instruments of ratification, Her Majesty's Government in the United Kingdom have decided to bring the said Articles of the Convention into operation forthwith in respect of the territories referred to in paragraph (1) of Article 43, subject to the limitations set out in the following paragraph of this Note and upon the understanding that the Government of the Federal Republic of Germany shall continue to accord to the consulates and consular officers and employees of the United Kingdom the same treatment as at present pending the entry into force of the Consular Convention.

Her Majesty's Government, however, retain discretion to suspend giving full effect, until the entry into force of the Convention as a whole, to sub-paragraph (c) of paragraph (1) of Article 14 and paragraph (1) of Article 15, in so far as the former provision relates to the official emoluments of any consular employee of the Federal Republic of Germany who is a British subject by virtue of connexion with a territory to which the Convention does not apply or who is a citizen of the Irish Republic and in so far as the latter provision relates to the private income of any consular officer or employee of the Federal Republic of Germany derived from sources outside the particular territory, as notified in conformity with the provisions of Article 42, in which he is serving.

I have the honour to be, with the highest consideration, Your Excellency's obedient servant.

signed: FR. Hoyer Millar

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 30. Juli 1956

Seiner Exzellenz
dem Königlich Britischen Botschafter,
Sir Frederic Hoyer Millar
G. C. M. G., C. V O.
Bonn

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang der heutigen Note Euerer Exzellenz betreffend den Konsularvertrag vom heutigen Tag, die übersetzt folgenden Wortlaut hat, zu bestätigen:

„Auf Weisung des Ministers Ihrer Majestät für Auswärtige Angelegenheiten beehre ich mich, Bezug zu nehmen auf die Artikel 13, 14, 15 und 16 des heute zwischen unseren beiden Ländern abgeschlossenen Konsularvertrags, in denen die steuerliche Behandlung der Konsulate sowie der Konsuln und Konsulatsangehörigen jeder Hohen Vertragschließenden Partei in den Gebieten der anderen geregelt ist.

Ungeachtet des Artikels 44 des Vertrags, wonach dieser der Ratifizierung bedarf und erst mit dem dreißigsten Tag nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt, hat Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich beschlossen, die genannten Artikel sofort auf die in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebiete anzuwenden, jedoch mit den im folgenden Absatz dieser Note genannten Einschränkungen und unter der Voraussetzung, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bis zum Inkrafttreten des Konsularvertrags den Konsulaten, Konsuln und Konsulatsangehörigen des Vereinigten Königreichs die gleiche Behandlung wie früher weiter gewährt.

Ihrer Majestät Regierung behält sich jedoch vor, bis zum Inkrafttreten des Vertrags in seiner Gesamtheit die vollständige Anwendung des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe c und des Artikels 15 Absatz 1 aufzuschieben, soweit die erstgenannte Bestimmung die Dienstbezüge eines Konsulatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland betrifft, welcher auf Grund seiner Verbindung mit einem Gebiet, auf das der Vertrag keine Anwendung findet, britischer Untertan ist, oder welcher Bürger der Irischen Republik ist, und soweit die letztgenannte Bestimmung das Privateinkommen eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland betrifft, das aus Quellen außerhalb eines gemäß Artikel 42 schriftlich mitgeteilten Gebiets stammt, in dem der Konsul oder Konsulatsangehörige Dienst tut."

Ich beehre mich, namens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu erklären, daß sie den Inhalt Ihrer Note mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt.

Ich benutze diesen Anlaß, um Euere Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

gez.: von Brentano

British Embassy, Bonn, July 30, 1956.

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany,
Herrn Dr. von Brentano,
Bonn

Your Excellency,

I have the honour to refer to the Consular Convention of today's date between our two countries and, upon the instructions of Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to make the following communication to Your Excellency in connexion with Part IV, relative to fiscal matters.

If anything in the provisions of Part IV of the Consular Convention entitles consular employees, serving at the consulates of the Federal Republic of Germany in the territories referred to in paragraph (1) of Article 43, to claim other or more extensive facilities than are at present accorded to minor diplomatic staff, serving at the German Embassy in London, Her Majesty's Government in the United Kingdom propose, upon the entry into force of the Consular Convention and upon the conclusion of an agreement as envisaged in the final paragraph of this Note, to extend no less favourable treatment to the latter category of personnel, provided, in all cases, that they fulfil the conditions specified in the following paragraph.

The conditions referred to in the previous paragraph are that the person concerned shall

(a) not be a citizen of the United Kingdom and Colonies;
(b) not be engaged in private occupation for gain in the United Kingdom;
(c) be a permanent employee of the Government of the Federal Republic of Germany, or, if not a permanent employee of that Government, shall not have been ordinarily resident in the United Kingdom at the time of taking up his appointment at the Embassy.

In this connexion Her Majesty's Government interpret the term "consular employee" as bearing the same meaning as set out in paragraph (7) of Article 1 of the Consular Convention and the term "minor diplomatic staff" as including all members of the German Embassy, serving under the superintendence of the Ambassador of the Federal Republic in London in his diplomatic capacity, who hold rank lower than that of Attaché and are not employed exclusively on menial duties at or in the upkeep of the Embassy premises, and who are recognised in this capacity by Her Majesty's Government.

If the Government of the Federal Republic are prepared to extend treatment of a similar nature to minor diplomatic staff, serving at Her Majesty's Embassy at Bonn, I have the honour to suggest that this Note and Your Excellency's reply thereto shall be regarded as constituting the agreement reached between our respective governments in this matter.

I have the honour to be, with the highest consideration, Your Excellency's obedient servant.

signed: FR. Hoyer Millar

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 30. Juli 1956

Seiner Exzellenz
dem Königlich Britischen Botschafter,
Sir Frederic Hoyer Millar
G. C. M. G., C. V. O.
Bonn

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang der Note Euerer Exzellenz vom heutigen Tag zum Konsularvertrag vom heutigen Tag zu bestätigen, die übersetzt folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, auf den Konsularvertrag vom heutigen Tag zwischen unseren beiden Ländern Bezug zu nehmen und Euerer Exzellenz auf Weisung des Ministers Ihrer Majestät für Auswärtige Angelegenheiten im Hinblick auf Teil IV, der die finanziellen Angelegenheiten behandelt, folgende Mitteilung zu machen.

Falls eine Bestimmung in Teil IV des Konsularvertrags Konsulatsangehörige von Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland in den in Artikel 43 Absatz 1 bezeichneten Gebieten berechtigt, andere oder weitergehende Erleichterungen zu beanspruchen, als gegenwärtig nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Deutschen Botschaft in London gewährt werden, so beabsichtigt Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich, bei Inkrafttreten des Konsularvertrags und nach Abschluß der im letzten Absatz dieser Note vorgesehenen Vereinbarung diesen Bediensteten eine nicht weniger günstige Behandlung zuteil werden zu lassen, sofern sie im Einzelfall die Voraussetzungen des folgenden Absatzes erfüllen.

Die im vorstehenden Absatz erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

(a) nicht Staatsangehöriger des Vereinigten Königreichs oder seiner Kolonien ist,
(b) keiner privaten Erwerbstätigkeit im Vereinigten Königreich nachgeht,
(c) in einem festen Dienstverhältnis zu der Regierung der Bundesrepublik Deutschland steht, oder wenn dies nicht der Fall ist, im Zeitpunkt ihres Dienstantritts bei der Botschaft ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Vereinigten Königreich gehabt hat.

In diesem Zusammenhang legt Ihrer Majestät Regierung den Ausdruck „Konsulatsangehöriger" im Sinne des Artikels 1 Absatz 7 des Konsularvertrags aus und versteht unter „nachgeordneten diplomatischen Bediensteten" alle unter der Aufsicht des Botschafters der Bundesrepublik in London in seiner diplomatischen Eigenschaft diensttuenden Mitglieder der Deutschen Botschaft, die, ohne ausschließlich mit Dienstboten- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Botschaftsgrundstücken beschäftigt zu sein, einen niedrigeren Rang als den eines Attachés haben und von Ihrer Majestät Regierung als nachgeordnete diplomatische Bedienstete anerkannt werden.

Wenn die Regierung der Bundesrepublik bereit ist, nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Botschaft Ihrer Majestät in Bonn die gleiche Behandlung zu gewähren, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die Antwort Euerer Exzellenz als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung gelten."

Zu dem Vorschlag, der in der vorgenannten, in Übersetzung mitgeteilten Note Euerer Exzellenz enthalten ist, beehre ich mich festzustellen, daß die Regierung der

Bundesrepublik den nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Botschaft Ihrer Majestät in Bonn bereits alle in Betracht kommenden Erleichterungen gewährt und bereit ist, dies auch weiter zu tun. Sie beabsichtigt deshalb, wie folgt vorzugehen:

Falls eine Bestimmung in Teil IV des Konsularvertrags Konsulatsangehörige von Konsulaten des Vereinigten Königreichs in den in Artikel 43 Absatz (1) bezeichneten Gebieten berechtigt, andere oder weitergehende Erleichterungen zu beanspruchen, als gegenwärtig nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Botschaft Ihrer Majestät in Bonn gewährt werden, so wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei Inkrafttreten des Konsularvertrags diesen Bediensteten eine nicht weniger günstige Behandlung zuteil werden lassen, sofern sie im Einzelfall die Voraussetzungen des nachstehenden Absatzes erfüllen.

Die im vorstehenden Absatz erwähnten Voraussetzungen sind, daß die betreffende Person

(a) nicht Deutscher im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist,

(b) keiner privaten Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nachgeht,

(c) in einem festen Dienstverhältnis zu der Regierung des Vereinigten Königreichs steht oder, wenn dies nicht der Fall ist, im Zeitpunkt ihres Dienstantritts bei der Botschaft ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Bundesrepublik Deutschland gehabt hat.

In diesem Zusammenhang legt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Ausdruck „Konsulatsangehörige" im Sinne des Artikels 1 Absatz 7 des Konsularvertrags aus und versteht unter „nachgeordneten diplomatischen Bediensteten" alle der Aufsicht des Botschafters Ihrer Majestät in Bonn in seiner diplomatischen Eigenschaft unterstehenden Mitglieder der Britischen Botschaft, die, ohne ausschließlich mit Dienstboten- oder Instandhaltungsarbeiten auf den Botschaftsgrundstücken beschäftigt zu sein, einen niedrigeren Rang als den eines Attachés haben und von der Regierung der Bundesrepublik als nachgeordnete diplomatische Bedienstete anerkannt werden.

Das Vorstehende läßt den Absatz 7 des am 23. Oktober 1954 vom Bundeskanzler an den Hohen Kommissar des Vereinigten Königreichs gerichteten und von diesem am gleichen Tag bestätigten Schreibens betreffend Erleichterungen für Botschaften und Konsulate unberührt.

Ich beehre mich, Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag annimmt, die Note Euerer Exzellenz und diese Antwort als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung zu betrachten.

Ich benutze diesen Anlaß, um Euere Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

gez.: von Brentano

British Embassy, Bonn, July 30, 1956.

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany,
Herrn Dr. von Brentano,
Bonn

Your Excellency,

With reference to the Consular Convention between our two countries of today's date, I have the honour, upon the instructions of Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, to draw attention to paragraph (2) of the Third Protocol of Signature which provides for its application in Land Berlin and to state, for the information of the Government of the Federal Republic of Germany, that Her Majesty's Government in the United Kingdom consider themselves at liberty to appoint one or more members of Military Government in Land Berlin to perform consular duties in that Land.

Her Majesty's Government, taking into consideration the special situation which exists in Land Berlin, accordingly propose:

(a) that, unless and until other arrangements are made, any member of Military Government so appointed shall receive, in lieu of an exequatur or other authorisation from any German authority, the recognition, express or tacit, of Military Government and that such recognition shall be regarded as authorising him to perform consular functions in Land Berlin; and

(b) that he shall continue to enjoy all those privileges and immunities which he is, or may be, entitled to enjoy by reason of his status as a member of Military Government in Land Berlin, but that no claim to immunity greater than that of a consular officer or employee, as the case may be, under the Consular Convention shall be made on his behalf in respect of the performance of any of the functions enumerated in Articles 17 to 36 of the said Convention.

If the Government of the Federal Republic of Germany are in concurrence with the foregoing, I have the honour to suggest that this Note and Your Excellency's reply thereto shall be regarded as constituting the agreement reached between our respective governments in this matter.

I have the honour to be with the highest consideration Your Excellency's obedient servant.

signed: FR. Hoyer Millar

Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 30. Juli 1956

Seiner Exzellenz
dem Königlich Britischen Botschafter,
Sir Frederic Hoyer Millar
G. C. M. G., C. V. O.
Bonn

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Eingang der heutigen Note Euerer Exzellenz zum Konsularvertrag vom heutigen Tag zu bestätigen, die übersetzt folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf den zwischen unseren beiden Ländern heute zustandegekommenen Konsularvertrag beehre ich mich, auf Weisung des Ministers Ihrer Majestät für Auswärtige Angelegenheiten auf Absatz 2 des Dritten Unterzeichnungsprotokolls, der die Anwendung des Vertrags im Land Berlin vorsieht, aufmerksam zu machen und zur Unterrichtung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich sich als befugt betrachtet, eines oder mehrere Mitglieder der Militärregierung im Land Berlin mit der Ausübung konsularischer Aufgaben zu betrauen.

Mit Rücksicht auf die besondere Lage im Land Berlin schlägt Ihrer Majestät Regierung daher vor:

(a) daß, solange keine andere Regelung getroffen ist, jedes auf diese Weise betraute Mitglied der Militärregierung anstelle eines Exequatur oder einer sonstigen Zulassung einer deutschen Behörde die ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung der Militärregierung erhält und daß diese Anerkennung als Ermächtigung zur Ausübung konsularischer Aufgaben im Land Berlin gilt; und

(b) daß es weiterhin alle Vorrechte und Immunitäten genießt, die ihm auf Grund seiner Rechtsstellung als Mitglied der Militärregierung im Land Berlin zustehen oder zustehen können; jedoch werden wegen der Wahrnehmung von Aufgaben, die in den Artikeln 17 bis 36 aufgeführt sind, keine weitergehenden Immunitäten in Anspruch genommen als einem Konsul oder Konsulatsangehörigen nach diesem Vertrag zustehen.

Wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit Vorstehendem einverstanden ist, beehre ich mich vorzuschlagen, daß diese Note und die Antwort Euerer Exzellenz als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung gelten."

Ich habe die Ehre festzustellen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Inhalt der vorerwähnten, in Übersetzung wiedergegebenen Note Euerer Exzellenz einverstanden ist und den Vorschlag annimmt, die Note und diese Antwort als die zwischen unseren beiden Regierungen in dieser Angelegenheit getroffene Vereinbarung zu betrachten.

Ich benutze den Anlaß, um Euere Exzellenz meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

gez.: von Brentano

Denkschrift

I.

Der vorliegende Vertrag ist der erste Konsularvertrag, den die Bundesrepublik Deutschland abschließt. Es kommt ihm deshalb eine besondere Bedeutung zu: er wird die künftigen Verträge der Bundesrepublik auf diesem Gebiet maßgeblich bestimmen.

Das Deutsche Reich hat von seiner Gründung ab der rechtlichen Regelung des Konsularwesens durch internationale Verträge erhebliche Bedeutung beigemessen. Es hat in der Zeit bis 1940 mit insgesamt 40 Staaten Abmachungen zur Regelung der konsularischen Beziehungen abgeschlossen, seien es Konsularverträge im eigentlichen Sinne des Wortes oder Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge mit Konsularklauseln. Von besonderer Bedeutung ist die Initiative, die die Reichsregierung seit 1925 auf diesem Gebiet entfaltet hat. Das Ergebnis dieser Initiative sind die Konsularverträge mit

Estland	(13. März 1925),
Sowjetunion	(12. Oktober 1925),
Litauen	(30. Oktober 1928),
Türkei	(28. Mai 1929),
Bulgarien	(4. Juni 1929),
Jugoslawien	(1. Mai 1934),
Ungarn	(20. Juli 1940).

Durch den Krieg sind die meisten der das Konsularwesen regelnden Verträge des Deutschen Reiches in ihrer Wirksamkeit suspendiert worden. Nur wenige dieser suspendierten Verträge wurden nach 1949 wieder in Kraft gesetzt. Zur Zeit bestehen vertragliche Vereinbarungen zur Regelung des Konsularwesens nur im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und folgenden Staaten:

Spanien (Konsular-Konvention zwischen Deutschland und Spanien vom 12. Januar 1872 — Reichsgesetzbl. S. 211, durch welche die Bestimmungen der zwischen dem Norddeutschen Bund und Spanien am 22. Februar 1870 geschlossenen Konsular-Konvention [Bundesgesetzbl. S. 99] auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien übertragen wurden.)

Ecuador (Freundschaftsvertrag vom 28. März 1887 — Reichsgesetzbl. 1888 S. 136).

Vereinigte Staaten von Amerika (Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag vom 8. Dezember 1923 Artikel XVII bis XXVIII — Reichsgesetzbl. 1925 II S. 795 — wieder in Kraft durch das Abkommen vom 3. Juni 1953 — Bundesgesetzbl. 1954 II S. 722 — und den Vertrag vom 29. Oktober 1955 — Bundesgesetzbl. 1956 II S. 487).

Japan (Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 20. Juli 1927 — Reichsgesetzbl. 1927 II S. 1088).

Saudi-Arabien (Freundschaftsvertrag vom 26. April 1929 — Reichsgesetzbl. 1930 II S. 1064 — Wiederanwendung gemäß Bekanntmachung vom 31. Juli 1952 — Bundesgesetzbl. II S. 724).

Türkei (Konsularvertrag vom 28. Mai 1929 — Reichsgesetzbl. 1930 II S. 784 — Wiederanwendung gemäß Bekanntmachung vom 29. Mai 1929 — Bundesgesetzbl. II S. 608).

Irland (Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 12. Mai 1930 — Reichsgesetzbl. 1931 II S. 116).

Thailand (Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 30. Dezember 1937 — Reichsgesetzbl. 1938 II S. 52).

Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland hat es bis zum Zweiten Weltkrieg aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, vertragliche Vereinbarungen über das Konsularwesen mit dritten Staaten abzuschließen. Diese Einstellung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend geändert. Großbritannien ist seit Ende der 40er Jahre bestrebt, das Konsularwesen durch eine Vielzahl von möglichst gleichlautenden bilateralen Abkommen mit seinen wichtigsten Handelspartnern zu regeln. Das Ergebnis dieser Initiative sind die Konsularverträge des Vereinigten Königreichs mit

Norwegen	(22. Februar 1951),
den Vereinigten Staaten von Amerika	(6. Juni 1951),
der Französischen Republik	(31. Dezember 1951),
Schweden	(14. März 1952),
Griechenland	(17. April 1953),
den Vereinigten Staaten von Mexiko	(20. März 1954),
Italien	(1. Juni 1954).

Die Bedeutung dieser britischen Initiative liegt darin, daß der Abschluß von im wesentlichen gleichlautenden Verträgen mit zahlreichen Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft zur Festigung der internationalen Praxis beiträgt und die Herausbildung von allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts fördert.

Das britische Vertragsmuster ist auch von der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert worden, um die oben gekennzeichnete britische Initiative zu unterstützen. Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, daß der französisch-schwedische Konsularvertrag vom 5. März 1955 das britische Vertragsmuster zum Vorbild genommen hat.

II.

Zu den Vorschriften des Vertrags ist folgendes zu bemerken:

Teil I enthält die Definition von Begriffen, die im weiteren Text des Vertrages öfter wiederkehren.

Teil II, der sich über die Ernennung der Konsuln und die Amtsbezirke ausläßt, gibt in der Hauptsache die völkerrechtliche Praxis wieder. Darüber hinaus werden einige Fragen, die oft zu Schwierigkeiten führen, durch Vertragsbestimmungen geklärt. So stellen Artikel 2 Absatz 2 und 3 klar, daß die Abgrenzung des Konsularbezirks grundsätzlich Sache des Entsendestaats ist, und Artikel 3 Absatz 1, daß der Entsendestaat in der Besetzung des Konsulats mit Beamten des höheren Dienstes frei bleibt, während die Besetzung mit Konsulatsangehörigen des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes nach Artikel 4 Absatz 1 auf die objektiv erforderliche Zahl beschränkt wird.

Teil III, der die Überschrift trägt, „Rechte und Befreiungen", behandelt die Vorrechte, die dem Entsendestaat als solchem, den Konsuln und den Konsulatsangehörigen im Empfangsstaat zustehen, mit Ausnahme der Vorrechte finanzieller Art. Artikel 7 sichert den Erwerb von Grundstücken, die für konsularische Zwecke bestimmt sind, durch den Empfangsstaat. Die Vorschrift in Absatz 1 trägt den Besonderheiten des englischen Rechts Rechnung. Artikel 8 behandelt den Schutz der Konsulatsdiensträume; von besonderer Bedeutung ist hier der Absatz 3, der die Bedingungen festlegt, unter denen die Konsulatsdiensträume von der Polizei oder den sonstigen Behörden des Empfangsstaats betreten werden können. Dem Artikel 9, der die Inanspruchnahme für Zwecke der Landesverteidigung oder für andere im öffentlichen Interesse liegende Zwecke regelt, liegt die Erwägung zugrunde, daß ein Konsulat sowie die Wohnung eines Konsuls oder Konsulatsangehörigen — das sind die Grundstücke als solche, ohne Einrichtung und Zubehör — nicht von den schwersten Eingriffen, nämlich der Enteignung oder Heranziehung zur Nutzung für Zwecke der Landesverteidigung oder für andere im öffentlichen Interesse liegende Zwecke freigestellt werden können (Absatz 2), daß jedoch Eingriffe minderer Art, insbesondere vorübergehende Inanspruchnahme, die eine Behinderung des Geschäftsbetriebs zur Folge haben, vermieden werden und deshalb weder gegenüber den

Immobilien noch gegenüber den Mobilien, die für konsularische Zwecke benutzt werden, statthaft sein sollen. Die in Artikel 10 vorgesehenen Rechte (Unverletzlichkeit des Archivs, Freiheit des Verkehrs mit den Organen des Entsendestaats, Unverletzlichkeit des Schriftwechsels, Sicherung der Geheimhaltung der dienstlichen Angelegenheiten) entsprechen der internationalen Praxis. In Artikel 11 ist die in Absatz 1 gewährleistete sog. Amtsimmunität der Konsuln und Konsulatsangehörigen von besonderer Bedeutung. Die Amtsimmunität dürfte in dem hier vorgesehenen Umfange bereits Bestandteil des allgemein anerkannten Völkerrechts sein. Die Abgrenzung der Amtsimmunität bereitet dessen ungeachtet erfahrungsgemäß oft erhebliche Schwierigkeiten. Der Bereinigung dieser Schwierigkeiten dienen die Vorschriften im Absatz 2 (Inanspruchnahme aus den Geschäften des täglichen Lebens) und 4 (Sicherung der Bürger des Empfangsstaats gegen die Verkehrsrisiken aus der Haltung von Kraftfahrzeugen). Artikel 12 sieht einen beschränkten Schutz vor Verhaftung vor; dieses Vorrecht ist auf die Berufskonsuln beschränkt und bleibt in den engen Grenzen, die sich aus dieser Vorschrift ergeben.

Teil IV (Finanzielle Vorrechte) behandelt die Privilegien auf dem Gebiet der Steuern und Zölle. In den hier zusammengefaßten Bestimmungen ist der Versuch unternommen, den Umfang der Vorrechte, die den Konsuln und Konsulatsangehörigen hinsichtlich der Steuern und Zölle zustehen, durch eine in sich abgeschlossene, selbständige Regelung zu bestimmen. Mit Absicht ist darauf verzichtet worden, bei dieser Abgrenzung die einzelnen in dem jeweiligen Empfangsstaat zur Erhebung kommenden Steuern und Abgaben namhaft zu machen, für welche Befreiung gewährt werden soll. Die praktischen Konsequenzen, die sich aus den Artikeln 13 bis 16 für die Bundesrepublik als Empfangsstaat ergeben, stimmen mit dem derzeitigen innerdeutschen Rechtszustand überein; eine Erweiterung der finanziellen Privilegien tritt somit nicht ein.

Die in Teil V (Allgemeine konsularische Aufgaben) zusammengefaßten Bestimmungen enthalten zum größten Teil eine Kodifizierung der Funktionen, die nach internationaler Übung den Konsuln obliegen und deren Wahrnehmung deshalb vom Empfangsstaat erlaubt wird. Von besonderer Bedeutung ist Artikel 18, der sich mit dem Schutz befaßt, den der Konsul den Staatsangehörigen des Entsendestaates, die sich in Haft befinden, gewähren darf.

Die Funktionen, die den Konsuln in bezug auf Nachlässe zukommen, sind Gegenstand des Teils VI. Der Grundsatz, der diese Regelung bestimmt, ist in Artikel 21 niedergelegt. Nach dieser Vorschrift ist der Konsul zum Zwecke der Wahrnehmung der Interessen von Staatsangehörigen des Entsendestaats ermächtigt, als deren Vertreter tätig zu werden. Die Artikel 22 und 23 ergänzen die grundsätzlichen Vorschriften des Artikels 21 durch Bestimmungen, die durch die Besonderheiten des britischen Erbrechts bedingt sind. Von grundsätzlicher Bedeutung ist, daß nach Artikel 25 die dem Konsul in Artikel 11 Absatz 1 eingeräumte Amtsimmunität nicht Platz greift, soweit der Konsul Rechte nach Maßgabe der Artikel 21 bis 24 in bezug auf einen Nachlaß geltend macht. Diese Ausnahme rechtfertigt sich daraus, daß der Konsul insoweit sich in die Sphäre des Rechts des Empfangsstaats begibt. Einzelbefugnisse, die die Artikel 26, 27 und 28 vorsehen, ergänzen die grundsätzliche Regelung der Artikel 21, 22 und 23.

Eine besonders wichtige Aufgabe der Konsuln ist die Betreuung der Schiffahrt. Diese Aufgabe ist im Teil VII behandelt. Die Funktionen, die in Artikel 29, 30, 33 bis 35 aufgezählt sind, entsprechen im allgemeinen der internationalen Übung. Es entspricht auch der Praxis vieler Staaten, daß bei der Ergreifung und Rückführung entwichener Seeleute dem Konsul Hilfe geleistet wird, wie dies in Artikel 31 vorgesehen ist. Die Beschränkung der Zuständigkeit der Gerichts- und Verwaltungsbehörden des Empfangsstaats gegenüber Schiffen des Entsendestaats, die einen Hafen des Empfangsstaats anlaufen (Artikel 32), verfolgt den Zweck, die Entscheidung über zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen dem Kapitän und Besatzungsmitgliedern über Arbeitsentgelte und Dienstverträge den Gerichten des Flaggenstaats des Schiffs vorzubehalten (Absatz 1), und die Betätigung der Verwaltungsbehörden und Strafgerichte des Empfangsstaats auf Fälle zu beschränken, in denen schutzwürdige Interessen des Empfangsstaats durch Vorkommnisse an Bord des Schiffs berührt werden (Absatz 2 und 3).

Die Sondervorschriften des Artikels 36, die sich mit dem Nachlaß von Seeleuten befassen, stellen eine Ergänzung des Abschnitts VI dar. Zur Abwicklung solcher Nachlässe wird eine Zusammenarbeit zwischen dem Konsul und den Behörden des Empfangsstaats vorgesehen. Die ins einzelne gehende Regelung ist im wesentlichen durch die Eigentümlichkeiten des britischen Rechts (Merchant Shipping Act) bedingt.

Von den Vorschriften des Teils VIII (Allgemeine Bestimmungen) ist von besonderer Bedeutung der Artikel 39. Durch diese Bestimmung wird klargestellt, daß der Entsendestaat darüber zu befinden hat, ob und in welchem Umfange seine Konsuln von den Rechten Gebrauch machen sollen, die die Vertragsparteien einander in dem Vertrag einräumen.

Teil IX (Schlußbestimmungen) enthält neben der Vorschrift über die Erledigung von Streitigkeiten (Artikel 41) und einer Vorschrift technischen Charakters, die in den Besonderheiten des britischen Rechtssystems begründet liegt (Artikel 42), in Artikel 43 die Vorschrift über den räumlichen Anwendungsbereich des Vertrags. Die Berlinklausel findet sich in Absatz 2 des dritten Unterzeichnungsprotokolls; sie wird ergänzt durch den Notenwechsel Nr. 3, wo die Vorbehalte niedergelegt sind, die sich für das Konsularwesen in Berlin aus dem Status des Landes Berlin ergeben.

Dem Vertragsentwurf liegen drei Unterzeichnungsprotokolle bei. Das erste Unterzeichnungsprotokoll bringt die übereinstimmende Rechtsauffassung der Vertragsparteien über die Rechtsstellung der Konsuln und Konsulate im Falle eines Krieges oder des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zum Ausdruck. Zweck dieser Verlautbarung ist, zur Konsolidierung der internationalen Praxis auf diesem Gebiet beizutragen und damit die Bildung allgemein anerkannter Völkerrechtsgrundsätze anzubahnen. Das zweite Unterzeichnungsprotokoll enthält Bestimmungen über die Anwendung und Auslegung einzelner Artikel des Vertrages. Das dritte Unterzeichnungsprotokoll regelt die Anwendung im Land Berlin und suspendiert die Inkraftsetzung der Artikel 7 Absatz 1, Artikel 12 und Artikel 32 Absatz 2 bis zu einer besonderen Einigung der Parteien; letzteres ist deshalb notwendig, weil die in Frage stehenden Vorschriften im Vereinigten Königreich solange noch nicht zur Anwendung kommen können, als das innerstaatliche Recht nicht entsprechend geändert ist. Absatz 4 dieses Protokolls soll die Fortentwicklung der in Artikel 32 getroffenen Regelung erleichtern.

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Konsularvertrags hat ein Notenwechsel stattgefunden, durch den die sofortige Inkraftsetzung der Artikel 13, 14, 15 und 16 (Vorrechte auf dem Gebiet der Steuern und Zölle) im Vereinigten Königreich ermöglicht wird. Hierdurch ist die Gleichbehandlung der Konsuln und Konsulatsangehörigen in den beiden Vertragsstaaten für das wichtige Gebiet der finanziellen Vorrechte schon vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages an gewährleistet.

Ein weiterer Notenwechsel verfolgt den Zweck, den nachgeordneten diplomatischen Bediensteten der Deutschen Botschaft in London die gleiche Rechtsstellung zu sichern, die die entsprechenden Konsulatsangehörigen nach dem Vertrag erhalten. Die praktische Bedeutung dieses Notenwechsels liegt auf dem Gebiet der finanziellen Vorrechte. Ein dritter Notenwechsel behandelt die Anwendung des Vertrags in Berlin.

In einem Memorandum, das die Auslegung des Artikels 18 des Vertrags betrifft, ist der Vorrang des § 148 der deutschen Strafprozeßordnung für den Fall einer Kollision mit den Vertragsbestimmungen gesichert; dieses Memorandum soll, einem britischen Wunsche entsprechend, nicht veröffentlicht werden. Eine Veröffentlichung erscheint auch nicht erforderlich.

Bundesdruckerei Bonn 7801 1. 57